

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
= Berlin O17, Rüdersdorfer Straße 60 =

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

halt dich wach!

Sieh das Schöne, sieh das Gute!
Wird dir einmal trüb zumute,
Zwing die Trübsal in den Staub.
Denn das Frohe ist das Echste,
Lachend tu'st du leicht das Rechte,
Augen auf und lieb' und lach'!
Sei nicht feige, halt dich wach!

Adalbert Meinhardt.

Reichsetat und Gesetzgebung

II.

P. S. Die übrigen Abgeordneten aus dem Arbeiterstande, die aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, haben bei Beratung des Etats und in den Kommissionen gleichfalls, wie die bereits genannten Kollegen, allgemeine sozialpolitische oder spezielle Wünsche einzelner Kategorien vertreten. Abgeordneter Kollege Hedmann ergriff bei Beratung des Etats für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung das Wort und beklagte, daß im Reichspostamt die Wünsche der Arbeiter so wenig berücksichtigt würden. Er verlangte eine entsprechende Erhöhung der Löhne, die Errichtung eines Reichsarbeiterausschusses, sowie Regelung der Zulagen für die Telegraphenvorarbeiter. In der Sitzung vom 11. Mai vertrat Kollege Hedmann verschiedene Wünsche der Probiantenarbeiter.

Abg. Kollege Becker (Arnsberg), wandte sich in der Sitzung vom 6. Dezember 1913 gegen eine von verschiedenen Seiten gewünschte Hinausschiebung der Krankenversicherung für Landarbeiter und Diensthoten. In eingehender Weise behandelt dieser Versicherungssachmann speziell die Diensthotenversicherung, die Befreiung von der Versicherungspflicht auf Grund der §§ 435 und 418 der Reichsversicherungs-Ordnung die ärztliche Versorgung der in den Landkrankenkassen Versicherten und andere. Der Angriff auf unsere Sozialversicherung oder Teile derselben wurde denn auch abgelehnt. Auch Staatssekretär Dr. Delbrück betonte, daß eine Regelung des Krankenversicherungswesens der Landarbeiter und speziell der Diensthoten nicht mehr zu umgehen gewesen sei. Das Gesetz werde durchgeführt. Die beklagten Mängel, die in der Ausführung lägen, würden beseitigt werden können. Der Staatssekretär schloß: „Ich kann mich nicht bereit erklären, das Inkrafttreten dieser Bestimmungen hinauszuschieben oder gar eine Änderung des Gesetzes in Aussicht zu nehmen.“

Die Rede des Abgeordneten Kollegen Schiffer über Koalitionsrecht und Hausarbeitergesetz ist in der Gewerkschaftspresse bereits eingehend gewürdigt worden. Es sei deshalb nur kurz betont, daß Ministerialdirektor Caspar hinsichtlich der Durchführung des Hausarbeitergesetzes eine entgegenkommende Antwort gab.

Der Abgeordnete Kollege Schwarz (Schwelmur) ist Mitglied der mühsam sich durch viele Tausende von Petitionen durcharbeitenden Petitions-Kommissionen. Er ist dort wie im Plenum ebenfalls im Sinne einer guten Sozialpolitik tätig gewesen. In der Plenarsitzung vom 18. Januar 1914 hat er wie vorher schon in der Kommission ein besseres Frauenrecht, Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben, an den Kaufmanns- und Gewerbe-

gerichtswahlen usw. verfolgt und ein größeres Entgegenkommen der vernünftigen Frauenbewegung gegenüber das Wort geredet, mit dem Erfolg, daß eine weitgehende Petition von Frauenrechtlerinnen wenigstens dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme hinübergegeben wurde; bisher sind derartige Petitionen mit Uebergang zur Tagesordnung gewürdigt worden. Das Krankenpflegepersonal hat in ihm einen warmen Vertreter ihrer Wünsche gefunden. Bei Beratung des Reichsamts des Innern verlangte er ein schärferes Vorgehen gegen die Schwindelkrankenkassen, zeichnete die „Volksfürsorge“ als ein der Sozialdemokratie dienendes Unternehmen und trat für die „Deutsche Volksversicherung“ ein.

Unser parlamentarisch am längsten, seit 1899, tätige Kollege Abgeordneter Schirmer vertritt seit Jahren die Schaffung eines Staatsarbeiterrechts, da die Staats- und Gemeindeangestellten und -arbeiter durch Judikatur und Verwaltungsmaßregeln den Bestimmungen der Gewerbeordnung entzogen sind. Es ist in der Sache eine Denkschrift in Vorbereitung. In der Sitzung vom 26. Februar 1914 verteidigte er gegenüber einem sozialdemokratischen Redner das bayerische Eisenbahnereservat. Tags darauf vertrat er die berechtigten Wünsche des Personals der Reichseisenbahnen in Eisenbahnerkongressen. Bei der späteren Beratung des Heeresetats trat er mit Wärme dafür ein, daß für die Militärarbeiter eine Pensionskasse geschaffen werde. Vor mehr als 10 Jahren schon hat Schirmer diese Forderung im bayerischen Landtag erhoben, wofür man geneigt war derselben stattzugeben, das große Preußen kam aber nicht nach. Jetzt ist die Sache in Fluß gebracht. Der halbrote Verband mit dem Sitz in München hat aber so ungeschickt operiert, daß beinahe alles „verpestet“ worden wäre. Auf die neuen Anzuspaltungen im Reichstag antwortete ein Vertreter des Kriegsministeriums und sagte zunächst eine weitere Verbesserung des Unterstützungsfonds für Arbeiter, Witwen und Waisen der Heeresverwaltung zu.

Bezüglich der vom Kollegen Giesberts wieder angeschnittenen Frage betreffend Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Invalidenrente verweist Ministerialdirektor Caspar auf die bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung eingegangene Verpflichtung auf Vorlage einer Denkschrift 1915. Der Reichstag hat inzwischen verlangt, daß die Rechnungsergebnisse der Versicherungsanstalten von 1913 geprüft werden, in der Hoffnung, daß diese so günstig sein werden, daß die Herabsetzung der Altersgrenze ohne weiteres erfolgen kann. Nachdem beabsichtigt ist, die Pensionen der Beamten zu erhöhen, können die Arbeiterinvaliden und die Witwen und Waisen der Arbeiter nicht leer ausgehen. In dieser Richtung werden unsere Kollegen sicherlich auch in der kommenden Session tätig sein.

Daß es gelingen werde in nächster Zeit einen Schritt zur Reichs-Arbeitslosenversicherung hin zu machen, eine Frage zu der Giesberts sich in der Sitzung vom 5. Dezember 1913 geäußert hat, ist nach den bereits erwähnten Erklärungen des Staatssekretärs sehr fraglich. Nur so mehr muß darauf gesehen werden, daß nicht durch eine ungeschickte Wirtschaftspolitik, Gewerbe und Industrie Schaden leidet. Redner hat auch nach dieser Richtung hin bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Einen Erfolg, der nicht zuletzt den unermüdblichen Bemühungen des Kollegen Giesberts zuzuschreiben ist, bedeutet die neue Bundesratsverordnung, betreffend den Schutz der Arbeiter in der Großhisenindustrie. Diese Sache ist in einem besonderen Artikel bereits behandelt worden. Hier soll nur noch hingewiesen werden auf seine Rede am 14. Januar 1914 um besseren Hüttenarbeiterschutz, dem die Petition des christlichen Metallarbeiterverbandes eine gute Unterlage bot. Zwei Tage später trat er für

eine bessere Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ein. Gegenüber gegenfälligen Äußerungen betonte er, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft nach keiner Richtung hin dem Mittelstand feindlich gesinnt sei; es wäre das Verkürzteste, denn dieser Stand stehe der Arbeiterschaft sozial am nächsten.

In der Sitzung vom 29. Januar 1914 kam der Gewerkschaftsstreit zur Sprache. Es war der Genosse Erdmann der eine Auseinandersetzung darüber zu entfachen suchte. Kollege Giesberts fertigte diesen sozialdemokratischen Redner aber kurz ab, mit dem Hinweis, daß die Arbeiterschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Gegner der Sozialreform ihren Haupt erheben, die Arbeiterschaft besseres zu tun habe, als sich zu befehlen. Die nichtsnutzigen Angriffe der Sozi auf die christlichen Gewerkschaften wären beim Kölner Prozeß glänzend ad absurdum geführt worden: So ist es! In seiner Rede vom 21. März 1914 verurteilte er den sozialdemokratischen Terror gegenüber Andersorganisierten und trat für ein freies Koalitionsrecht und für die Tarifverträge mit Nachdruck ein.

Eifrig parlamentarisch tätig ist insbesondere auch Kollege Behrens. Ein Teil seiner Arbeit ist bereits gewürdigt worden. Behrens hat verlangt, daß die Wünsche der mit dem Reichsversicherungs-wesen vertrauten Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre von den Versicherungsämtern beachtet sowie eine genauere Umschreibung des Begriffes „Facharbeiter“ erfolgen sollte. Unfälle des täglichen Lebens sollen als Betriebsunfälle angesehen und gegebenenfalls Rente gewährt werden. Redner wandte sich auch gegen die unberechtigten Renteinkürzungen und trat dafür ein, daß mit der Pensionserhöhung für Altrentner auch die Rentenbezieher aus der Arbeiterversicherung verbessert werden.

In der Sitzung vom 5. März 1914 vertrat Behrens die Petition des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker, Sitz Bochum, auf Ausbau der Postbetriebskrankenkasse und Erhöhung des Reichsausschusses dafür. Beim Militärerat hat er um Berücksichtigung der Heimarbeiter bei Vergabung von Arbeitsaufträgen zu entsprechenden Preisen. Für die Arbeiter in den Bekleidungsämtern wünschte er eine ausgedehntere Sicherung ihrer Stellung und beklagt sich über die Art der Stücklohnfestsetzung bei dieser Kategorie. Die in der Petition des Zentralverbandes deutscher Militärarbeiter und Handwerker vorgetragene Wünsche empfahl er der Verwaltung zur Prüfung und Berücksichtigung.

Das Organ der kath. Arbeitervereine Süddeutschlands „Der Arbeiter“ schreibt zur Tätigkeit unserer ins Parlament gewählten Kollegen folgendes: „Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Abgeordnetenkollegen aus dem Arbeiterstande bei den Partein des Reichstags eine wertvolle Aufklärungsarbeit im Interesse der Arbeiterschaft leisten. Ihr Einfluß ist nicht gering. Da sie auch den übrigen Ständen unseres Volkes und deren Wünschen und Nöten gerecht zu werden suchen, finden sie als objektive Beurteiler auch Gehör. Eine größere Tageszeitung hat vor kurzem geschrieben, ob Luana Homogesege gegen die Sozialdemokratie kommen oder man es wagt, das Koalitionsrecht anzutasten, das hängt im wesentlichen von der Haltung der Arbeiterabgeordneten im Zentrum und der übrigen bürgerlichen Parteien ab. Dies befi sich mit der Auffassung, die das große demokratische Organ, die „Frankfurter Zeitung“ vor Jahren schon geäußert hat. Die Sozialdemokratie im Reichstag bedeutet nicht viel, wie auch kürzlich ein Organ des „Frankfurter“, wieder hervorgehoben hat.“

Wie ist der Kleinwohnungsnot abzuhefen?

Dem preußischen Abgeordnetenhaus liegt ein Gesetzentwurf über die Teilung land- oder forstwirtschaftlicher Besitzungen vor, das sogenannte Grundteilungs-gesetz. Das Gesetz verfolgt den berechtigten Zweck, der unnatürlichen Preissteigerung ländlicher Grundstücke durch die gewerbsmäßige Gütererschlagung Einhalt zu tun, und gleichzeitig die ländlichen Siedelungen zu fördern. Zu diesem Gesetze sind nun eine Reihe Anträge gestellt, die insgesamt 300 Mill. Mark anfordern und die veramndt werden sollen 1. zur Schaffung von Klein- und mittelbäuerlichen Betrieben, 2. zur Ansiedelung von Landarbeitern und Schaffung von Almenden in sieben preußischen Provinzen, und 3. zur Förderung der inneren Kolonisation durch provinzielle Ansiedelungsgesellschaften.

Die christlich-sozialen Arbeiterpartei ist durchaus Freund einer solchen ländlichen Siedelungspolitik, wie sie überhaupt alle Maßnahmen fördert und unterstützt, die geeignet sind, zur Schaffung eines gesunden kleinen und mittleren Bauernstandes beizutragen, weil dadurch gleichzeitig Vorfürsorge getroffen wird für die Sicherstellung und Vermehrung der landwirtschaftlichen Lebensmittelerzeugung. Nicht minder notwendig und dringlich aber wie die ländliche ist die städtische Siedelungspolitik. Die Mißstände auf dem Gebiete des Kleinwohnungswezens schreien geradezu nach Abhilfe. Das hat dem ständigen Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses (christlich-sozial) Veranlassung gegeben, eine Eingabe an das preußische Abgeordnetenhaus zu richten, in der im Anschluß an die oben erwähnten Anträge die Forderung erhoben wird,

„der königlichen Staatsregierung einen Fond von 100 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues für die minderbemittelte Bevölkerung der Städte und Industriegebiete.“

Die Berechtigung wird man diesem Antrage nicht leicht verjagen können. Für die vielfache Reformbedürftigkeit der heutigen städtischen und industriellen Wohnverhältnisse ist der Wohnungsfrageentwurf der preußischen Regierung selbst der beste Beweis. In der diesem beigegebenen Begründung heißt es u. a.: „... bestehen doch in den an Einwohnerzahl schnell wachsenden Gemeinden, und zwar nicht nur in den größeren Städten und fast überall in den industriell besonders entwickelten Landesteilen, noch immer ernste Mißstände, die nicht bloß vorübergehender Natur sind.“ Ein erheblicher Teil der Bevölkerung wohnt in Kammern, die aufs „äußerste beschränkt“, und zum Teil in gesundheitlicher Beziehung „zum dauernden Aufenthalt von Menschen überhaupt nicht geeignet“ seien. Auch seien die Wohnungen zum erheblichen Teil überfüllt, so daß „weder den Rücksichten der Gesundheit und Sittlichkeit, noch dem Erfordernisse der Aufrechterhaltung des Familienlebens in ausreichender Weise Rechnung getragener“ wäre.

Inzwischen sind die Verhältnisse noch schlimmer geworden. Der Umzugsstermin vom 1. April 1914 hat in manchen Großstädten, und ganz besonders im rheinisch-westfälischen Industriebezirk einen geradezu bejammernswerten Mangel an Kleinwohnungen ergeben. In Dortmund, Dsnabrid, Elberfeld, Ohligs, Schwelm usw. konnte eine große Anzahl von kinderreichen Arbeiterfamilien nur mit großer Mühe notdürftig untergebracht werden. Die Notwendigkeit einer gesteigerten Fürsorge für die Wohnungsverhältnisse der industriellen Bevölkerung ist damit schlagend bewiesen.

Das dem preußischen Abgeordnetenhaus vorgelegte Wohnungs-gesetz will die schlimmsten Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswezens durch Wohnungsordnungen und durch die Einführung der Wohnungsaufsicht beseitigen helfen, wie es ebenso begrüßenswerte Vorschriften bringt, die den Kleinwohnungsbaue selbst erleichtern sollen. Die praktische Durchführung des Wohnungs-gesetzes wird jedoch schon sehr bald zeigen, daß die Beobachtung der Vorschriften nur möglich ist, wenn gleichzeitig in höherer Maße als bisher Kleinwohnungen hergestellt werden zu Preisen, die für die minderbemittelte Bevölkerung noch erschwinglich sind. Deshalb bedarf das Wohnungs-gesetz bringend einer Ergänzung, und die wird durch den obigen Antrag des sozialen Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses auf Bildung eines Fonds von 100 Mill. Mark bezweckt. Daß der Antrag im Anschluß an das Grundteilungs-gesetz gestellt wurde, ist ein durchaus glücklicher Gedanke, weil er ähnlich wie die oben erwähnten Anträge für die industrielle Bevölkerung in bescheidenem Maße und Umfang fordert, was jene Anträge in so reichlichem Maße für die Zwecke der ländlichen Siedelung zur Verfügung stellen wollen.

Die Verwendung des Fonds, ist, wie schon gesagt, zur Beseitigung der Wohnungsverhältnisse und zur Beschaffung geeigneter Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung gedacht. Dieses Ziel soll erreicht werden durch Gewährung von Mitteln an Gemeinden, öffentlich-rechtliche Korporationen, gemeinnützige Organisationen (Waugenossenschaften), welche die Herstellung von Kleinwohnungen in Miete oder zum Eigentumserwerb betreiben, nach von der Regierung zu erlassenden Vorschriften, die auf Grund der bisherigen Erfahrungen aufzustellen sind. Ferner durch Gewährung von Mitteln zum Bau von Ledigenheimen und Logierhäusern für minderbemittelte Volksschichten an Gemeinden und solche gemeinnützigen Korporationen, welche die Gewähr bieten für gute Verwaltung.

Mit dieser auf das notwendigste beschränkten Zwecksetzung dürfte ein Fond von 100 Mill. Mark erheblich zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse dienen können. Ganz besonders möchten wir hinweisen auch auf die Notwendigkeit der Unterstützung der Ledigenheime. Das ist ja ein Kapitel, das bei den Arbeitsverhältnissen der Bauarbeiter eine ganz besondere Bedeutung beansprucht. Die großen Mißstände, welche das Schlafstellen- und Kostgängerwesen mit sich gebracht hat und die von tausenden unserer Kollegen nur allzu sehr empfunden werden, lassen sich nur erfolgreich beseitigen, wenn man gute, preis-

würdige Unterkunftsgelegenheit für die auf Kost- und Schlafstellen Angewiesenen schafft. Dort, wo ein solches Bedürfnis besteht, haben die Ledigenheime bei guter zweckentsprechender Verwaltung gute Erfolge zu verzeichnen. Dies kann ganz besonders gesagt werden von den Heimen, welche die evangelischen Junglingsvereine und die katholischen Gesellenvereine errichtet haben und unterhalten. Es befinden sich darunter Musteranstalten, die Vorbildliches auf dem Gebiete leisten.

Ueber die Einzelverordnungen des Fonds magst der Kongressausschuss folgende Vorschläge:

1. Uebernahme von Bürgschaften für anderweitig gestellte Darlehen seitens der Versicherungsgesellschaften, Spar- und Darlehnskassen oder auch Private. Die Uebernahme der Bürgschaften für Kapitalgewährung für den Kleinwohnungsbaue und auch für die Errichtung von Ledigenheimen begegnet nämlich mancherlei Schwierigkeiten. Wenn auch die Gemeinden in den letzten Jahren sich entgegenkommender verhalten, so begegnen die erforderlichen Bürgschaften nicht selten Schwierigkeiten in den Kreisen der Interessenten, welche dem gemeinnützigen Wohnungsbaue ablehnend gegenüberstehen.

2. Hergabe von verzinslichen Darlehen zu nicht höher wie 3 1/2 Prozent mit geringer Amortisation für die ersten Hypotheten.

3. Hergabe von verzinslichen Darlehen für zweite Hypotheten zu angemessenem Zinsfuß und angemessener Amortisation. Hierbei ist ganz besonders ins Auge zu fassen, daß bei Einzelbeleihungen von Ein- und Zweifamilienhäusern, welche den Zweck der Selbsthaftmachung verfolgen, die zweite Hypothek durch eine Lebensversicherung des Kaufanwärters sicher gestellt wird. In diesem Falle ist der Zinsfuß höchstens mit 3 1/2 Prozent zu bemessen.

Als Organe zur Ausführung dieser Bestimmungen werden vorgeschlagen die Landesversicherungsgesellschaften, ferner die gemeinnützigen Baugenossenschaften und die Organe der Wohnungsaufsicht.

Wir glauben, daß man dem hier vorgeschlagenen Weg der Wohnungsfürsorge für die kleinen Leute nicht die Berechtigung wird verjagen können. Wenn für die ländliche Siedelungspolitik so erhebliche Summen mit Recht aufgewandt werden sollen, so würde es in den Kreisen der industriellen Bevölkerung nicht verstanden werden, wenn man nicht auch in gerechter paritätischer Weise sich der Wohnungsverhältnisse der industriellen Arbeiterbevölkerung annehmen würde. Auch die ländliche Siedelung verfolgt in erheblichem Umfange eine Reform des Wohnungswezens unserer Landbevölkerung und wirkt in ihren Gebieten vorbildlich. Warum soll das Gleiche nicht auch vom Staate in den industriellen Bezirken und den Städten erstrebt werden? Die Einkünfte des Staates fließen wesentlich aus den Steuern und Ueberschüssen der Wirtschaftsbetriebe. Das Ergebnis beider Einnahmequellen hängt wesentlich ab von dem blühenden Stande der Industrie, von Handel und Gewerbe. Fließen sonach die zur Verwendung gelangenden öffentlichen Gelder zu ihrem größten Teil aus der städtischen industriellen Bevölkerung, so erscheint es als ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit, wenn man sie paritätisch in ähnlichem Umfange für die

Nach Südwesten

III

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hat sich in Saarbrücken ein eigenes Verwaltungsgebäude errichtet, in dem auch die übrigen Verbände mit ihren Büreaus Unterkunft gefunden haben. Das Haus, in modernem Baustil errichtet, macht einen guten Eindruck, der durch die innere Ausgestaltung bedeutend erhöht wird. Eine große Freitreppe führt zu einem prächtigen Vestibül, an das sich links und rechts die Gänge mit den Büreaus anschließen. Im Untergeschoß befindet sich ein Vortrag- bzw. Konferenzraum, der über hundert Personen Raum bietet. Das Haus verleiht nicht nur den christlichen Gewerkschaften Saarbrückens, sondern den des ganzen Saarreviers einen äußerlich repräsentablen und würdigen Eindruck.

Von Saarbrücken nach Trier führt ein breites Tal, das von der Saar durchflossen wird. An dem oberen Teile breit gespannt, verengert es sich nach Trier zu immer mehr, um zuletzt kaum noch den Fluß und die Eisenbahn durchzulassen. Die Saarkanalisation, die die mittlere Strecke des Flusses ergaßt, hört bald auf. Hier liegt ein wichtiges Verkehrsproblem, die Durchführung der Saarkanalisation bis zur Mosel. Dieser hätte aber die Moselkanalisation vorausgehen, weil erst dadurch der Wasserweg zum Rhein und damit zum Weltverkehr erschlossen wird. Damit scheint es aber noch gute Wege zu haben. Seit Jahren bestehen Vereine, die sich die Förderung der Saar- und Moselkanalisation zur Aufgabe gestellt haben. Die Regierung hat aber bis jetzt noch wenig Neigung dafür bekundet, und nachdem jetzt die Vorbereitungen für eine zweite Moselbahn getroffen werden, wird die Kanalisation noch weiter hinausgeschoben. Man bezeichnen dem Plan große technische Schwierigkeiten, aber auch die Unternehmungskosten sind noch nicht zurückgeschreckt. Da spielen verschiedene Gründe mit, warum dem Unternehmen so wenig Förderung zuteil wird, bahnhafische und solche der Konkurrenz der rheinisch-westfälischen Industrie, der eine

Kanalisation der Flüsse wenig genehm wäre. Nachdem jedoch die großen Werke im letztgenannten Gebiet sich selbst im lothringischen Industriegebiet niederlassen oder sich mit bereits vorhandenen Werken vereinigen, mag die Stimmung bei ihnen umschlagen. Im Interesse des südwestdeutschen Industriebezirks ist die Kanalisation beider Flüsse dringend zu wünschen.

Die Industrie zieht sich von Saarbrücken ab an der Saar entlang bis hinter Dillingen. Mächtige Werke sind darunter, so die Böllinger und Dillinger Hütte, letzteres ein Panzerplattenwerk. Links der Saar erblickt man bergigen Gelände die Grube Hostenbach, die in der letzten Zeit soviel von sich reden machte. Der Betrieb war wieder im vollen Gange, die herangeholten Streifbrecher waren samt und sonders entlassen worden, und die einheimischen Bergleute waren wieder eingestellt. Nur drei mußten auf der Strecke bleiben. Ich sah sie im Gewerbevereinshaus in Saarbrücken. Sie waren guten Mutes. So sieht nur der aus, der sich stark im Recht fühlt und eine tatkräftige Organisation im Rücken hat.

Noch ein anderer bemerkenswerter Industrieort liegt an der Strecke Saarbrücken-Trier, das Städtchen Mettlach, weltbekannt durch seine Wandplattenfabrikation.

Trier! Hier steht du auf historischem Boden. Von hier aus erhielt das Christentum seine entscheidende Wendung in der Weltgeschichte. Von hier aus trat Konstantin seinen Siegeszug gegen Maxentius an. — Auf Schritt und Tritt spürt dein Auge auf Ueberbleibsel aus der römischen Zeit. Die Porto Nigra, der Kaiserpalast, die Basilika, das Amphitheater u. a. Die alte Moselbrücke ruht auf römischen Pfeilern, der Dom ist die älteste Kathedrale Deutschlands. Eine Reihe hervorragender alter Kirchen enthält die Stadt, mit kostbaren Reliquien (Grab des Apostels Mathias u. a.) und weltberühmten Kunstschätzen. Aber auch neue Kirchen entstehen, die den alten sich würdig anreihen.

Geht man über die neue Kaiserbrücke, die zweite Moselbrücke, und über die Napoleonsbrücke nach der Wartburg, hat man einen wunderbaren Ueberblick über die Stadt und die Umgebung. Von hier aus läßt sich die bauliche Entwicklung Triers am besten beobachten. Und diese Entwicklung ist ganz unvorstellbar in letzter Zeit

ist sie hauptsächlich gefördert worden durch die vielen Kasernenbauten. Mehrere neue Regimenter werden nach hier verlegt, man redet auch davon, daß die Stadt befestigt werden soll. Ganz natürlich wird die Entwicklung der Stadt hiervon erheblich beeinflusst, Offizierswohnungen werden gebaut, das Geschäftsleben hebt sich. Die Anlagen quillen überall nur so hervor, sie verraten einen guten Geschmack und künstlerischen Sinn. Hier findet der Baumeister ein Feld des Schaffens, aber auch des Vernens, „Rückwärts blickend, vorwärts schauend.“

Schließe für einen Augenblick deine Augen und lasse das Bild der Geschichte an deinem Geist vorüberziehen: Glanzende römische Kohorten und Legionen, das Amphitheater, erbaut im 2. Jahrhundert, 30 000 Personen Platz bietend, mit seinen Spielen. Der römische Kaiserpalast, die römischen Bäder, dazu der Brunnen und das Leben, das sich in ihnen entfaltete. Eine gewaltige befestigte Stadt mit ihren Stadttoren, wie die Porto Nigra mit ihren gewaltigen Steinquadern, die schon anderthalbtausend Jahre überdauerte. Draußen vor der Paulinuskirche aber das Kreuz und die vier Denksteine der hingerichteten vier römischen Senatoren, die zum Christentum sich bekehrten hatten. Das Christentum folgte dem römischen Heer, die Verfolgung aber auch. Und dann der Siegeszug des Konstantin mit der Kreuzesfahne, daran die Inschrift: in hoc signo vinces (in diesem Zeichen wirst du siegen). Der endliche Triumph des Christentums war damit auch äußerlich entschieden.

Und nun folgen die Jahrhunderte christlicher Kulturarbeit, die das Alte schützte und Neues hinzufügte. Und so ist es geblieben bis heute, auch wenn bisweilen Kriege und Kriegsgetümmel dazwischenhüllten. Die durch den Felsen gehauene Heerstraße Napoleons ist ein lebendiges Zeugnis davon.

Der christliche Bauarbeiterverband hat in Trier eine feste Position. Die in und um Trier ansässigen Bauarbeiter gehören ihm bis auf geringe Bruchteile an. Mit Trier verbindet mich besondere Fäden, denn ich war es, der vor 10 Jahren den eigentlichen Grundstein zur Gründung legte. Ein kleines treues Häuflein hat durch manche Jahre standgehalten und unentwegt Opfer gebracht und Maltationsarbeit geleistet. Lange Jahren

städtische Siedlungspolitik zur Verfügung stellt, wie für die ländliche. Die Finanzverhältnisse des preussischen Staates sind auch glücklicherweise so gut fundiert und wohl geordnet, daß sie sehr wohl diese Mittel in der Form der Anleihe aufzubringen vermögen.

Wir geben uns daher der zuberstichtlichen Hoffnung hin, daß die Unregungen des Deutschen Arbeiterkongresses bei Parlament und Regierung ein williges Ohr finden mögen und ihnen in einer nahen Zukunft entsprochen wird.

Ein italienischer Generalstreik

Aus einem geringfügigen Grund hat Italien wieder einmal einen Generalstreik gehabt. Wir sagen: Wieder einmal. Anders scheint es bei den italienischen Gewerkschaften, die natürlich sozialdemokratisch-anarchistisch sind, nicht zu gehen. Sie müssen von Zeit zu Zeit ihren Generalstreik haben, er stellt sich fast ein wie die Flut auf die Ebbe. Vor einigen Wochen standen die Zeitungen voll von einem drohenden Generalstreik der Eisenbahner; er wurde glücklich noch einmal abgewendet. Kam er nicht, mußte es eben ein anderer sein. Und er kam.

Der Grund zu der so überaus schwerwiegenden Maßnahme, wie das ein Streik überhaupt und noch dazu ein Generalstreik ist, ist ein so lächerlich geringer, daß ein Hund darüber heulen möchte. In Ancona wollten am 7. Juni, dem Tage des italienischen Verfassungsfestes, Sozialisten und Republikaner eine Protestversammlung gegen die Strafkompanien im italienischen Heere abhalten. Die Polizei verbot diese Versammlung. Sie wurde trotzdem abgehalten, und zwar in einem Privathause. Die Teilnehmer begaben sich dann im Zuge nach einem öffentlichen Platz. Als die Polizei den Demonstrationszug verhindern wollte, wurde sie mit Steinwürfen bombardiert, wodurch 17 Polizeibeamte verletzt wurden. Nur machten diese von ihrer Waffe Gebrauch. Einer der Demonstranten blieb sofort tot, zwei wurden schwer verletzt, wovon der eine auch bald starb. Mehrere wurden leicht verletzt. Die Polizei behauptet außerdem, aus der Menge der Demonstranten sei zuerst auf sie geschossen worden. Sie hätte also in Notwehr gehandelt.

Dieser Vorgang genügt, um den Generalstreik zu proklamieren. Man wollte damit gegen das Vorgehen der Polizei und der Regierung demonstrieren. Die Arbeiterkammer von Ancona proklamierte ihn zuerst, und nun folgten die anderen Städte bereitwillig nach. Wie ein Flugfeuer zog er durch das Land. Bald kam es zu schweren Ausschreitungen. Ein Teil Arbeiter, so die Straßenbahner in Mailand und die Eisenbahner, wollten nicht streiken. Erstere und teilweise auch letztere wurden dazu einfach gezwungen. Die Zeitungen erschienen nicht mehr, manche Städte waren nachts in Dunkel gehüllt, da die Gas- und Elektrizitätswerke still lagen.

Natürlich blieben die Zusammenstöße nicht aus zwischen Polizei, Militär und den Streikenden, unter die sich umsonst getan zu werden. Aber dann kam mit einem Male der Erfolg. Der Organisationsgedanke hatte den endlichen Sieg errungen, und die Triester Bauarbeiter schritten alsdann von Erfolg zu Erfolg.

Auch der sozialdemokratische Bauarbeiterverband bemüht sich, in Trier breiteren Boden zu fassen. Bis jetzt vergeblich und hoffentlich auch für die Zukunft. Wie durch die „freie“ Gewerkschaftsbewegung zugleich der Boden für die politische Sozialdemokratie geebnet wird, wurde mir hier wieder einmal klar. Die Vertrauensleute des Deutschen Bauarbeiterverbandes vertreiben beim Besuch ihrer Mitglieder zugleich ein in der Rheinischen Zeitung in Köln hergestelltes periodisch erscheinendes Blatt „Der Saemann“. Das Blatt (es kostet 5 Pf.) ist in der bei der Rheinischen Zeitung üblichen giftigen und brutal zersetzenden Art gehalten. Ein physischer Ekel erfährt einem beim Lesen dieses Blattes. Nur zerstören, zerstören wollen diese Menschen, zum Aufbau aber fehlt ihnen alles. Es empfiehlt sich, dieser traurigen Verhehlung nachzuspüren, sie aus Licht zu ziehen und ihr entschieden entgegenzuwirken.

Die Versammlung in Trier hätte besser besucht sein können den Verhältnissen entsprechend. Verschiedene Veranstaltung kurz vorher und das Auswärtswohnen hatten den Besuch beeinträchtigt.

Und nun leb' wohl, schönes Trier, mit deinen prächtigen Anlagen. Im Dunkel der Nacht trägt uns die Eisenbahn südwärts nach Lothringen. An der Mosel entlang, die hier eine Strecke lang die Grenze zwischen Deutschland und Luxemburg bildet. Hinter dem ersten lothringischen Städtchen Sterle beginnen bald die Hochöfen ihre glühenden Schlackenmassen an den Halden abzuladen. Ein greller Feuerchein erhellt die Nacht, allmächtig ströbt die glühende Masse ab. Drohend ragen die Hochöfen mit ihren Aufsätzen, Waschlängen usw. in die Nacht, hier und da läßt ein Licht ihre Umrisse in unklaren Konturen erkennen. Aber immer weiter rast die Eisenbahn, bis sie uns in die große Halle des neuen Meper Bahnhofes trägt.

der angriffslustige Mob mischte, jene Elemente, die immer dabei sind, wo etwas los ist. Barricaden wurden gebaut, es gab eine ganze Anzahl Tote und Verwundete. In der Romagna hatte das Generalfreikomitee fast unbefchränkte Gewalt. Das Militär wurde in die Kasernen eingesperrt, sieben Offiziere mit einem Generalmajor wurden gefangen gesetzt, nachdem sie ihre Waffen hatten abgegeben müssen. Die Finanzwache wurde entlassen, und der Stadtzoll durch die Arbeitskammer zu ihren Gunsten erhoben. Kirchen wurden geplündert, ebenso Waffenläden, Bahnhöfe wurden angezündet, der Postverkehr unterbrochen, Telephon- und Telegraphenverbindungen abgeschnitten.

Das war eigentlich kein Generalstreik mehr, das war offene Revolution. Die tollsten Gerichte schwirrten durch die Luft, so sollte in Mailand bereits die Republik ausgerufen sein. Der Sturz des Königs wurde in Ancona durch Extrablätter verkündet, die nationale Fahne wurde vom Rathaus heruntergeholt, Freiheitsbäume gepflanzt usw. Für ein paar Tage stand alles auf dem Kopf.

Und plötzlich ist wieder Ordnung eingekehrt. Das kostete der Behörde, die anfangs wohl zu schwach war, gar keine sonderliche Mühe. Es schien, als hätten sich die Generalstreikler gründlich ausgetobt und seien nun müde geworden.

Da stehen wir deutsche Arbeiter vor abgrundtiefen Rätseln. Wir fragen: wie ist so etwas möglich? Auf den Zusammenstoß in einem Orte hin bricht ein Generalstreik im ganzen Lande aus. Ist die Atmosphäre derart geladen, daß es nur dieses Funkens bedürfte, um das Pulverfaß zur Explosion zu bringen? Gewiß, ist das politische Leben in Italien infolge der Gemeinderatswahlen aufgeregt, und an manchen Orten ist die Arbeitslosigkeit wenig günstig. Auch die Lohnverhältnisse lassen zu wünschen übrig. Aber das alles gibt keine Erklärung für das Unternehmen, da es ziel- und planlos inszeniert wurde, auch bestimmte politische und gewerkschaftliche Forderungen nicht vorlagen.

Auch noch ein anderes kommt hinzu. Während bei früheren Putzchen die Anarchisten im Vordergrund standen und sie anstifteten, standen sie diesmal im Hintergrund. Die „gemäßigten“ Sozialisten, die „gewerkschaftliche“ Richtung stand im Vordergrund, und es bestand Einigkeit zwischen ihnen und den Anarchisten.

Was war also der eigentliche Grund? Sollte man nur seine Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen durch den Ausstand dokumentieren und zeigen, daß man da ist und auch eine Macht bildet? Wir haben keine ausreichende Erklärung dafür. Aber es scheint so.

Gewiß darf man südländische Gefühlswallungen nicht an deutschem Maßstab messen. Fliegende Begeisterung, flammende Aufwallung und Jähzorn — sie sind leichter zu entfachen als bei uns. Sie sind aber auch um so schneller der Vergessenheit anheimgefallen.

Aber wir, wir können uns da nicht hincindenken. Dafür fühlen wir zuviel Verantwortung. Der Streik ist uns kein Demonstrationsmittel, sondern nur eine Waffe im wirtschaftlichen Kampf, die man nur im äußersten Notfall und mit aller Vorsicht gebrauchen soll. Um seine bloße Unzufriedenheit damit zum Ausdruck zu bringen, sich der Deffentlichkeit damit ins Gedächtnis zu rufen, dafür ist der Streik, und noch dazu ein Generalstreik, um so weniger angebracht. Und eine derart gebrauchte Waffe wie jetzt wieder in Italien, muß im Laufe der Zeit stumpf und rostig werden. Letzten Endes fragt sich doch jeder einigermaßen einsichtige Arbeiter, was erreiche ich damit, und was setze ich aufs Spiel? Wenn er nur Verluste zu buchen hat und keinen Gewinn, dann muß der Rückschlag kommen. Die gewerkschaftliche Arbeit aber wird damit diskreditiert und geschädigt. In der Regel ziehen die der Arbeiterschaft nicht günstig gesonnenen Kreise daraus ihren Vorteil. Das war bisher immer noch so.

Wir machen aber auch die Erfahrung, daß in jenen Ländern, wo derartige Generalputzchen möglich sind und inszeniert werden, die stärkste Abneigung gegen regelmäßige und hohe Gewerkschaftsbeiträge besteht. Das trifft sowohl für Italien wie für Frankreich zu. Freilich bleibt dann nichts aufs Spiel zu setzen, aber es bleiben auch die ersten und nachhaltigen Erfolge aus, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung so rühmend kennzeichnen.

Das italienische Beispiel ist ein abschreckendes Beispiel. Gegenwärtig machen radikal-sozialistische Kreise auch wieder Stimmung für einen Generalstreik in Deutschland. Sie haben damit die reaktionären Kreise bereits auf den Plan gerufen, die die Zeit für günstig halten, um die Rechte der Arbeiter zu beschneiden. Die christlichen Gewerkschaften werden dafür einstehen, daß weder die Wünsche der unverantwortlichen roten Radikallisten noch die der Zuhaltmache in Erfüllung gehen.

Unfallstatistik und Rechnungsergebnisse der Baugewerks-Berufsgenossenschaften

IV. •

Thüringische

Baugewerks-Berufsgenossenschaft.

Die Genossenschaft ist nach der Zahl der Betriebe die kleinste im Baugewerbe. Ihr Kompetenzbereich erstreckt sich auf den preussischen Regierungsbezirk Erfurt und die Thüringischen Staaten mit Ausnahme der beiden Fürstentümer Reuß.

Jahr	Betriebe	durchschnittlich beschäftigte Personen	Vollarbeiter	Löhne und Gehälter insgesamt	Gehälter durchschnittl. pro Vollarbeiter
1909	5826	41 412	36 001	33 760 180	937,76
1910	5775	42 304	36 840	35 526 740	964,35
1911	5798	46 233	39 813	40 755 350	1023,67
1912	5818	45 144	39 161	41 369 430	1056,39

Die Lohnverhältnisse sind nach obiger Zusammenstellung in dem Gebiete, wo man per pedes apostolorum in sechs Stunden sieben Herren Länder bereisen kann, durchschnittlich noch schlechter als in Schlesien-Posen. Durch das Fehlen großer Städte wird die Durchschnittslohnhöhe ungünstig beeinflusst, doch ist in den vier Jahren auch hier der Lohn gestiegen.

Der Stand der Unfallhäufigkeit ist in dem Zeitraume 1909—1912 fast unverändert geblieben.

Jahr	Gemeinliche Unfälle		erstmals entlassene Unfälle		Folgen der entlassenen Unfälle		
	Stück	pro 1000	Stück	pro 1000	Tod	entlassene	vorübergehende
1909	1440	40,00	338	9,39	23	1	170
1910	1503	40,80	302	8,20	23	—	181
1911	1679	42,17	366	9,19	21	—	205
1912	1616	41,27	363	9,27	32	1	176

Auch hier sehen wir wie fast überall dieselbe Erscheinung, daß die Zahl der auf 1000 Vollarbeiter gemeldeten Unfälle geringen, die Zahl der erstmalig entlassenen Unfälle geringen ist. Sehr hoch sind die Ziffern der mit dauernder teilweiser Erwerbsunfähigkeit verbundenen Unfälle; sie sind durchweg höher als die Zahlen der als mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit verbunden geschätzten Unfälle. Wir haben auf diese abweichende Beurteilung der Unfallfolgen durch die einzelnen Berufsgenossenschaften schon bei der Magdeburgischen Baug. B.-G. hingewiesen. Ob die Unfälle im Bereiche der Thüringischen tatsächlich im Durchschnitt schwere Folgen nach sich ziehen oder ob man die hohen Zahlen der mit dauernder Erwerbsunfähigkeit verbundenen Unfälle auf andersartige Einschätzung zurückzuführen hat, läßt sich nicht ermitteln.

Als Unfallursachen werden im Jahre 1912 angegeben: Fall von Leitern, Treppen, aus Läden usw. 117, Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen 52, Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen 61, Auf- und Abladen von Erde, Heben, Tragen usw. 34, Fuhrwerk usw. 22, Handwerkszeug 22 usw.

Die Getöteten hinterließen 23 Witwen und 32 Kinder. Im Rechnungsjahre 1912 war für 2268 alte und 363 neue hinzugekommene, also zusammen für 2631 Unfälle Entschädigung zu zahlen.

Die Thüringische Baugewerks-B.-G. hat ihren Bezirk in vier Sektionen geteilt. Zur Ueberwachungsdienste werden drei technische Aufsichts- und Rechnungsbeamte beschäftigt. In ihren Berichten führen die Beamten vielfach Klage über scharfe Mißstände. So heißt es u. a.:

„Wenn auf dem Lande die Unfallverhütungsvorschriften noch immer nicht die gewünschte Beachtung finden, liegt es wohl daran, daß die Unternehmer meist nebenbei Landwirtschaft betreiben und deshalb das Baugewerbe nur in kleinem Umfange ausüben, weshalb ihnen das erforderliche Gerüstmateriale fehlt, wenn manchmal auch größere Bauten von ihnen ausgeführt werden. — Im Bau von Auslegergerüsten, deren Herstellung eine besondere Sorgfalt erfordert, scheint unter den Betriebsunternehmern wie Versicherern noch eine große Unkenntnis zu herrschen. — Oft ist durch die Aufsichtsbeamten festgestellt worden, daß die Maurer selbst bei Aufmauerung von Schornsteinköpfen über Dach ihre schmalen Gerüste nicht mit Brustwehr versehen hatten und Zimmerer beim Aufschlagen von Dachgerüsten in den vertieften Böden auf schmalen Auslegergerüste ohne Rücklehne arbeiteten. — Oft hat die Untersuchung von Unfällen ergeben, daß die einfachsten Regeln der Baukunst nicht beachtet waren. Es würden viele und schwere Unfälle vermieden werden, wenn die Versicherer ihre Arbeiten nur mit richtiger Ueberlegung ausführten.“

Obwohl die Kontrolle des sog. stüttsch-sanitären Arbeiterschutzes nicht Aufgabe der Beamten der Berufsgenossenschaft ist, können es die Aufsichtsbeamten nicht unterlassen, über das Fehlen der Baubuden lebhaft Klage zu führen.

„Das Fehlen von Außenhallräumen besonders auf dem Lande und in kleinen Städten muß noch immer getadelt werden.“

Die Unternehmer begründen ihre Nachlässigkeit damit, daß die Versicherten ja meist in der Nähe wohnen, also ihre Wohnstätten in ihrer Wohnung einnehmen. Über dennoch wurde darauf gedrungen, Aufenthaltsschirme zu schaffen, um den Versicherten bei anderweitiger Arbeitsunterbrechung Gelegenheit zu bieten, Schutz gegen Regen usw. zu finden, damit sie nicht genötigt sind, nahegelegene Wirtschaften aufzusuchen. — Das Arbeiten bei offenem Kofa- oder Kohlenfeuer sowie ein Mißbrauch geistiger Getränke ist nirgends beobachtet worden.

Die Hessen-Rassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft

hat als Unterabteilungen 7 Sektionen. Die preussische Provinz Hessen-Rassau, das Großherzogtum Hessen und Waldeck bilden ihren Bezirk.

Jahr	Betriebe	durchschnittlich beschäftigte Arbeiter	Vollarbeiter	Löhne und Gehälter insgesamt	Gehälter durchschnittlich pro Vollarb.
1909	14 661	70 496	61 934	71 414 709	1153,08
1910	14 867	69 719	61 457	71 684 233	1166,41
1911	14 895	75 449	65 606	80 455 672	1226,41
1912	14 850	74 775	65 220	82 813 946	1269,75

Die Anzahl der Betriebe hat sich von 1909 bis 1912 fast gar nicht, die der beschäftigten Arbeiter nur wenig vermehrt. Der durchschnittlich pro Vollarbeiter verdiente Lohn hält sich auf mittlerer Höhe.

Die gemeldeten Unfälle pro 1000 Vollarbeiter haben sich vermehrt, die erstmalig entschädigten abgenommen.

Jahr	Gemeldete Unfälle	pro 1000 Vollarbeiter	erstmals entschädigte Unfälle	pro 1000 Vollarbeiter	Folgen der erstm. entsch. Unfälle	Erwerbsunfähigkeit	vorübergehend	vorübergehend
1909	3318	53,57	609	9,93	47	1	141	420
1910	3198	52,04	484	7,88	26	1	118	339
1911	3494	53,26	512	7,80	38	2	107	365
1912	3529	54,11	527	8,08	56	2	132	337

Mit ihren Unfallziffern steht die Hessen-Rassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft unter dem Durchschnitt der Baugewerks-Berufsgenossenschaften. Sie ist eine der Genossenschaften, die die Betriebsüberwachung am besten organisiert haben. Im Jahr 1912 waren 14 Aufsichtsbeamte angestellt, so daß im Durchschnitt auf einen Beamten 1061 Betriebe mit 6083 Vollarbeitern kamen. Die Ausgaben für Betriebsüberwachungen betragen 56 200,79 M., also auf 1000 M. arbeitsfähige Löhne 0,67 M., auf einen Betrieb durchschnittlich 3,79 M. und auf einen Vollarbeiter 0,86 M. Die Aufsichtsbeamten waren insgesamt 234 Tage mit Betriebsbesichtigungen, 529 Tage mit Lohnbuchprüfungen und 642,4 Tage mit sonstigen Aufträgen, (Unfallverhandlungen, Kennenempfangerkontrollen usw.) beschäftigt.

Aus den Berichten der Aufsichtsbeamten seien folgende interessante Einzelheiten angegeben:

Ein Aufsichtsbeamter ist bei seiner Aufsichtsführung von zwei Unternehmern beleidigt worden. In beiden Fällen erfolgte auf Anzeigen gerichtliche Verurteilung. — Widersprechendes oder böswilliges Verhalten einzelner Versicherten gegen den Aufsichtsbeamten war auch im Jahre 1912 bemerkbar. Beschwerden und Anzeigen über Verletzungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurde stets unverzüglich abgehandelt. In den Städten ist der regelmäßige Verkehr mit Beamten der Baupolizei üblich gewesen. Das Interesse der Versicherten an der zweckmäßigen Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften ist noch nicht so Gemeingut geworden, wie dies die Fürsorge für die Erhaltung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter geboten erscheinen läßt. Im Jahre 1912 sind wegen Zuwiderhandlung gegen die Unfallverhütungsvorschriften vom Genossenschaftsvorstande 534 Strafvorfürungen gegen gewerbliche Betriebsunternehmer und 40 gegen Regierungsbaumeister erlassen worden. Abgesehen von gelegentlichen Ermahnungen der technischen Aufsichtsbeamten wegen festgestellter geringfügigen Verletzungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften, die bei der Revision sofort abgestellt worden sind, sind außerdem vom Genossenschaftsvorstande 145 Strafanträge und 28 Revocationsanträge gestellt worden.

Die Rheinisch-Westfälische Baugewerks-Berufsgenossenschaft

ist nach der Zahl der Betriebe wie nach Zahl der Vollarbeiter die größte Baugewerks-Berufsgenossenschaft.

Jahr	Betriebe	durchschnittlich beschäftigte Arbeiter	Vollarbeiter	Löhne und Gehälter insgesamt	Gehälter durchschnittlich pro Vollarb.
1909	26 264	193 681	162 796	194 946 351	1197,49
1910	27 075	201 479	168 673	205 955 365	1221,03
1911	27 059	228 665	188 542	239 358 544	1269,52
1912	26 899	232 195	190 982	250 023 975	1309,15

Wie die Tabelle ausweist, ist die Zahl der Betriebe in der Berichtsperiode ziemlich konstant geblieben, während die Arbeiterzahl stark angeschwollen ist. Die Entwicklung zum Großbetriebe im Baugewerbe ist auch hier unüberkennbar.

Wenig erfreuliches ist die Unfallhäufigkeit zu berichten. Die Ziffern der gemeldeten und der erstmalig entschädigten Unfälle haben sich in aufsteigender Richtung bewegt.

Jahr	Gemeldete Unfälle		erstmals entschädigte Unfälle		Folgen der erstm. entsch. Unfälle		
	überhaupt	pro 1000 Vollarbeiter	überhaupt	pro 1000 Vollarbeiter	Tod	Erwerbsunfähigkeit	vorübergehend
1909	7253	44,55	1569	9,64	128	—	590
1910	7717	45,75	1632	9,68	162	—	649
1911	8579	45,50	1878	8,90	192	—	563
1912	8887	46,53	1909	10,—	204	—	645

Als herrschendes Merkmal fällt bei dieser Zusammenstellung die unproportional hohe Zahl der Todesfälle ins Auge. Die Relativzahl der Todesfälle ist in der Gruppe der Baugewerks-Berufsgenossenschaften bei der Rheinisch-Westfälischen am höchsten. Außerdem fällt die hohe Zahl der schweren Unfälle mit teilweiser dauernder Erwerbsunfähigkeit auf. Ein Beweis dafür, wie in diesem Gebiete mit seiner blühenden Industrie und lebhaften Bautätigkeit mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter umgesprungen wird. In einzelnen Sektionen der Berufsgenossenschaft ist das Bild noch trüber als im Durchschnitt bei der Berufsgenossenschaft. So trägt z. B. im Bericht der durch den Regierungsbezirk Köln gebildeten Sektion V die Relativzahl der pro 1000 Vollarbeiter erstmalig zu entschädigenden Unfälle mehr als 13.

Der Bezirk der Berufsgenossenschaft besteht aus den Provinzen Westfalen ohne den Regierungsbezirk Minden und Rheinland mit Birkenfeld. Sitz der Genossenschaft ist Elberfeld. In den 8 Sektionen sind 13 technische Aufsichtsbeamte tätig. Die Aufwendungen für Betriebsüberwachungen betragen i. J. 1912 66 294 M.

Aus den Berichten der Aufsichtsbeamten sei folgendes hervorgehoben:

Im Berichtsjahre ist in ziemlich umfassenderweise von den Verwaltungen der größeren Städte mit der Aufstellung neuer Polizeiverordnungen zum Schutze der auf Bauten beschäftigten Personen begonnen, und es sind die Vorschriften, entsprechend den Bestimmungen des § 120e der Gewerbeordnung den Sektionsvorständen zur Begutachtung vorgelegt worden. Aus dem Berichte der Sektion VI (Aachen) wird zu diesem Punkte berichtet, daß sich diese Polizeiverordnungen fast ausschließlich auf den Schutz gegen gesundheitliche Gefahren bezögen; auf den Schutz der Arbeiter gegen Betriebsunfälle gingen die Vorschriften in der Regel nicht ein. Die Sektionsvorstände haben bei Abgabe ihrer Aeusserungen stets angeregt, daß die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft als Teile der Polizeiverordnungen zu gelten haben und die Beachtung dieser Vorschriften den Bauausführenden zur Pflicht zu machen sei. Die Inanspruchnahme der technischen Aufsichtsbeamten durch Behörden und Gerichte erfolgt in ziemlich ausgedehntem Maße.

Aus dem Berichte der Sektion II (Dortmund) wird berichtet, daß in sechs Fällen versicherte Arbeiter sich gegen die Anordnungen des Aufsichtsbeamten widersetzt haben. Diese Arbeiter sind den zuständigen Polizeibehörden zur Verurteilung namhaft gemacht worden. Ueber das Verhalten der Arbeiter wird allgemein bemerkt, daß ein sehr großer Teil der Unfälle und der Verletzungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften den Arbeitern selbst zur Last zu legen ist. Wenn die Versicherten den ernstlichen Willen hätten, bei der Beseitigung von Mängeln mitzuwirken, dann würde auf den Baustellen manches besser sein. Gleiche Klagen bringen auch die Beamten der Sektion V (Köln) vor, die ausdrücklich betonen, daß die Mehrzahl der Versicherten noch immer die größte Gleichgültigkeit gegen die getroffenen Maßnahmen und Anordnungen der Aufsichtsbeamten an den Tag legt. Selbst offene Widersprüche sind vorgekommen. Es bedarf in solchen Fällen großer Mühe und Geduld, um die Arbeiter zu belehren und über das Wesen der Unfallverhütung und die sozialpolitischen Gelege aufzuklären.

Zur weiteren Begründung des Vorgesagten gibt nachstehende Zusammenstellung ein interessantes Bild. Danach sind von den in den letzten vier Jahren neu entschädigungspflichtig gewordenen 820 Unfällen unmittelbar oder in ihren Folgen zurückzuführen 82 (= 10 v. H.) auf Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften für Betriebsinhaber, 88 (= 10,73 v. H.) auf Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften für Arbeitnehmer und 650 (= 79,27 v. H.) auf andere, in den Unfallverhütungsvorschriften nicht behandelte Ursachen. Von diesen 820 Fällen sind 201, also rund 24,5 v. H., durch Unvorsichtigkeit oder Unachtsamkeit, teils auch durch Fahrlässigkeit der Unfallbetroffenen selbst oder der Mitarbeiter verursacht worden und 512 Unfälle (62,44 v. H.) sind lediglich der Betriebsgefährlichkeit an sich zuzuschreiben.

Wentpruch.

*Bin ich fürs ganze Leben
Aus harter Arbeit Anacht,
Sei immerfort mein Streben
Die Freiheit doch und Recht.*

*Nicht gelte Pandern, Pandern,
Kein! Klagen hilft uns nicht.
Zur mutig in die Strahlen
Will Gott durch Nacht zum Licht!*

Allgemeines

Eine Mißkreditierung der Tarifverträge mit unethischen Mitteln versucht das Organ der Vereintigung der deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ (Nr. 11/1914). Unter dem Stichwort „Die Tarifverträge als „Friedensinstrumente“ behauptet das Unternehmerblatt, daß die Wertbundaustellung in Köln bei ihrer Eröffnung deshalb noch nicht fertig gewesen sei, weil die Arbeiter unter Nichtachtung eigens abgeschlossener Tarifverträge zwecks Durchsetzung maßloser Lohnforderungen gestreift hätten. „Dieser neue Fall“, so heißt es dann in der Notiz, „reißt sich den früheren Beispielen würdig an, die zeigen, wie durch vertragsmäßige Bindung eine Gewährleistung dafür nicht entfernt gegeben ist, daß die Arbeiten nun auch zu den vereinbarten Bedingungen ausgeführt werden.“

In dieser Darstellung liegt eine unehrliche Verallgemeinerung und maßlose Uebertreibung. Wahr ist, daß die Stukkateure, also nur ein kleiner Teil der an den Ausstellungsbauten beschäftigten Arbeiter, neun Tage gestreift haben. An diesem Streik trugen aber die Unternehmer ebenfalls Schuld wie auch die Arbeiter. Der Arbeitgeberverband für das Stuckgewerbe hatte nämlich für die Ausstellungsarbeiten die Weisung gegeben, nur die tariflichen Mindestlöhne zu zahlen, während sonst allgemeiner Usus ist, daß die Stukkateure 50 Pf. bis 1 M. pro Tag mehr verdienen als den Mindestlohn. Zum Beispiel arbeiten mindestens Dreiviertel aller Stukkateure in Köln in normalen Zeiten zu den erhöhten Löhnen. Daß dann auf der Ausstellung der Konflikt entstand ist diesem Verhalten der Unternehmer zuzuschreiben. Dabei muß aber ausdrücklich beachtet werden, daß die Arbeiterorganisationen die Arbeitsniederlegung nicht gutgeheißen haben. Unser Verband hat sich vielmehr eifrig bemüht, die Arbeiter vom Streik zurückzuhalten, und — als er dennoch durch das Treiben syndikalistischer Elemente, die unter den Stukkateuren starken Einfluß haben, zum Ausbruch kam — zum Abbruch des Kampfes zu bewegen. Schließlich haben dann die Unternehmer ihren ungerechten Standpunkt verlassen und einen höheren Lohn als die tariflichen Mindestsätze gezahlt, was eigentlich bei Ausstellungsbauten selbstverständlich hätte sein müssen.

Wenn während der Ausstellungsbauphase in Köln dann ferner die Dachbeder gestreift haben, so hatte dies mit einer Mißachtung von Tarifverträgen nicht das mindeste zu tun. Der frühere Tarif war abgelassen, und der Kampf im Dachbedergewerbe ist bloß deshalb entstanden, weil die Arbeitgeber Verschlechterungen in den neuen Tarif hineinbringen wollten. Ferner sind es gerade die Unternehmer gewesen, die durch einen Zwang auf die Lieferanten die Weiterarbeit an den Ausstellungsbauten gehindert haben.

So lagen die Dinge in Wirklichkeit. Der Versuch des „Arbeitgeber“, die Verzögerung der Ausstellung der mangelnden Tariftreue der organisierten Arbeiter zuzuschreiben, ist mithin der Wahrheit zuwider. Dem Scharfmacherblatt muß aber schließlich jede Gelegenheit dazu dienen, seiner Abneigung gegen die Tarifverträge Ausdruck zu geben und gegen die Arbeiterorganisation Stimmung zu machen. Daß dies auf Grund von Unwahrheiten und Verdrehungen geschieht, ist bezeichnend für die wenig objektive Kampfweise der publizistischen Wortführer im Unternehmerlager.

Der Einfluß der Arbeiterversicherung auf die Volksgesundheit.

Die Gesundheit ist nicht nur des Einzelnen, sondern auch des Volkes beste Kraft. Ihre Förderung ist deshalb eine der ersten Pflichten des Staates. Die gesetzliche Arbeiterversicherung leistet ihm bei Erfüllung dieser Pflicht die wertvollsten Dienste. Auf diese gar nicht hoch genug zu veranschlagende Wirkung unserer staatlichen Sozialversicherung verweist ein Aufsatz in der Rheinischen Beilage des „Berl. Tagebl.“ von Geh. Regierungsrat Dr. Bräger. „Eine überaus mächtige Helferin im Kampfe gegen die Volksseuchen ist, so schreibt er, in der neueren Zeit noch entstanden in der sozialen Versicherungsgelehrte, die durch die weitgehende Bereitstellung ärztlicher Hilfe, durch die Sicherung einer umfassenden Krankenpflege und durch krankheitsvorbeugende Fürsorge dazu beiträgt, ansteckende Kranke sofort in richtiger Behandlung zu nehmen, Verschleppungen der Krankheit zu verhüten und den Gesundheitszustand und dadurch auch die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung zu heben und zu vermehren.“

„Unerhörte Angriffe gegen das Fleischergewerbe.“

Unsere wiederholten Hinweise auf das schreiende Mißverhältnis zwischen Vieh- und Fleischpreisen sind von einer Reihe Tagesblätter aufgegriffen und weiterverbreitet worden. Das hat bei den Fleischern eingeschlagen. Die „Allgemeine Fleischerzeitung“ (Berlin, Nr. 138) ist von einer gerabezu sinnlosen Wut befallen, und sie giebt ganze Hübel von Beschimpfungen und Beleidigungen über uns aus. „Abscheulich verheßend und aufreizend“ wird unser Artikel genannt, der jedem ehrlichen Handwerker die „Borrvörte“ in das Gesicht steigen lassen müsse; ein „enthräntes Pfl“ sei die einzige Antwort auf solche Schreierei.

Wir glauben gerne, daß es den Herrschaften mit ihrer Entkräftung und ihrem Borne ernst ist. Nichts hätten sie bringender gewünscht, als daß sie das gekennzeichnete Treiben noch weiter von der Öffentlichkeit unbeachtet hätten fortsetzen können. Dazu die Hand zu bieten, haben wir natürlich nicht den mindesten Anlaß. Die grobchlächtigen Unwürde des Schlächterblattes lassen uns deshalb auch völlig kalt.

Zwischen wieber der „Fleischerzeitung“ ein neuer Schreden in die Glieder gefahren sein. Die konservative Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat nämlich folgende Interpellation eingebracht:

„Was gebent die Staatsregierung angesichts der Tatsache, daß sich an vielen Orten, namentlich in Groß-

Wäbten und Industriebesten, trotz des bedeutenden Rückganges der Viehpreise, ein erhebliches Mißverhältnis zwischen Vieh- und Fleischpreisen gebildet hat, zu tun, um im Interesse der Bevölkerung auf eine angemessene Preisbildung für das Fleisch hinzuwirken?

Das mag das Blatt zugleich auch als Antwort ansehen für die Anweisung, daß es sich bei unserem Artikel um die „Entgleisung traubeneck urteilslosen Heißspornes“ handele.

Sie betügen sich selber. Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes. Diese Marxsche Theorie steht heute noch als Glaubenssatz im sozialdemokratischen Parteiprogramm. Der Satz ist aber falsch; er findet seine unzweifelhafte Widerlegung in den Tatsachen. Nichtsdestoweniger ist auch heute noch die sozialdemokratische Presse bemüht, bei ihren Anhängern den Glauben an die von der Wissenschaft längst als unhaltbar preisgegebene Akkumulationstheorie aufrecht zu erhalten. Da nicht anzunehmen ist, daß ihr die entgegenstehenden Tatsachen unbekannt sind, so muß man zu dem Schlusse kommen, daß sie sich selber etwas vorwindet, um die „Genossen“ draußen im Lande über die innere Unwahrheit des Erfurter Programms hinwegzutäuschen. — In Nr. 135 vom 23. Juni 1914 schreibt das sozialdemokratische „Hamburger Echo“:

... Die Macht der Tatsachen wird den bürgerlichen Wirtschaftspolitikern es schon noch einpauken, daß die Marxsche Theorie von der Akkumulation des Kapitals auf Wahrheit beruht, mag es sich nun um bewegliches oder unbewegliches Kapital handeln. All das Jammergeschrei ist zwecklos; die Ausprägung des kleinen Grundbesitzes durch den großen ist ein mit Notwendigkeit vor sich gehender ökonomischer Prozeß, der mit der „Expropriation der Expropriateure“ (Enteignung der Enteigneten) enden wird.

Dabei zeigt der landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetrieb noch viel weniger Neigung, sich vom Großbetrieb „aufsaugen“ zu lassen, als das in Gewerbe und Industrie der Fall ist. Lassen wir einen Sozialdemokraten hierüber sein Urteil abgeben. Der badische Sozialistenführer Kolb schrieb neulich in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Nr. 10) folgendes:

„Allen Prophezeiungen zum Trotz hat sich die Zahl der kleineren und mittleren Produzenten in der Landwirtschaft nicht nur nicht vermindert, sondern sogar vermehrt, und ihre ökonomische Lage ist weit davon entfernt, sich zu verschlechtern. Die Erzeugnisse der Wissenschaft und Technik sind den kleinen und mittleren Produzenten in der Landwirtschaft in ungleich höherem Maße zugute gekommen als in Gewerbe und Industrie. Hier (in der deutschen Landwirtschaft) kann von einem Untergang des Kleinbetriebes schlechterdings keine Rede sein.“

Was Kolb behauptet, läßt sich Satz für Satz mit den Ergebnissen der amtlichen Berufs- und Betriebszählungen beweisen. Das ist das direkte Gegenteil von dem, was in dem sozialdemokratischen Parteiprogramm steht. Aber, wie gesagt, die roten Massen erfahren davon nichts, sie müssen dumm gehalten werden.

Rein Gesetz über das Submissionswesen. Die Submissionskommission des Reichstags hatte im April dieses Jahres die Grundzüge aufgestellt, nach denen das öffentliche Verdingungswesen geregelt werden sollte. Die Grundzüge wurden von der Kommission in der Form eines Gesetzentwurfes angenommen. Durch den Schluß des Reichstages konnte dieser Entwurf nicht mehr vom Kammern beraten werden. Es besteht auch, wie die „Bauwelt“ erzählt, keine Hoffnung, daß die Regierung das von der Kommission gelieferte Material später zu einer gesetzgeberischen Arbeit benutzen wird. Die Regierung geht vielmehr auf dem Standpunkt, daß sich die Frage zu ihrer gesetzlichen Regelung nicht eignet. Auf Anfrage von Handwerkerverbänden hat das zuständige Ressort erklärt, daß eine Vertiefung der Vorschläge der Submissionskommission vorläufig nicht möglich ist. Beim Verdingungswesen handele es sich um Verteilungsmassnahmen, die sich nur von Fall zu Fall entscheiden ließen.

Wenn's Arbeiter wären! Das Reichsgericht hat kürzlich eine von einem ärztlichen Verein über einen Arzt ausgesprochene Verurteilung gebilligt, da sie nicht gegen die guten Sitten verstoße. Die „Köln. Ztg.“ berichtet darüber:

„Der betreffende Arzt hatte mit einem Kollegen einen Vertrag geschlossen, wonach er auf seine Praxis zu dessen Gunsten verzichtete und sich verpflichtete, keine Praxis mehr in dem Bezirk auszuüben. Er war dann trotzdem zurückgekehrt und wurde von dem Kollegen wegen Vertragsbruchs auf Schadenersatz verklagt, doch wurde die Klage von den Gerichten abgewiesen, da es sich um ein gegen die guten Sitten verstoßendes Wettbewerbsverbot handele. Nunmehr beschloß der ärztliche Bezirksverein des Ortes, den Arzt, der kein Vereinsmitglied war, vom kollegialen Verkehr auszuschließen und den Ausschluß den in Betracht kommenden Bezirks- und Kassenvorständen mitzuteilen. Die auf Aufhebung des Verkehrsverbots gerichtete Klage wurde in allen Instanzen, zuletzt vom Reichsgericht, abgewiesen. Das Berufungsgericht stellte fest, daß der Verein, indem er das Verkehrsverbot erließ, keineswegs von unzulässigen Gründen (Brotnoth, Gehässigkeit usw.) geleitet worden sei, sondern nur den Schutz und die Hochhaltung der durch den Kläger verletzten Standes Ehre im Auge gehabt habe. Der von dem Kläger geschädigte Kollege habe im Vertrauen auf das Versprechen des Klägers seine frühere Stelle aufgegeben, sei nach dem neuen Ort übergesiedelt und habe sich mühsam dort eingearbeitet. Als Bachmann habe

sich der Kläger der Gefahr bewußt sein müssen, die aus seiner Rückkehr beim Wiederaufleben der Vertrauensbeziehungen zwischen ihm und seinem früheren Patientenkreise der schwer erregenden Praxis des Kollegen drohe. Trotzdem sei er unter Bruch seines Versprechens ohne Rücksicht auf Kollegialität und Billigkeit, nachdem ihm einige wenige Versuche, anderwärts unterzukommen, nicht geglückt waren, gegen den entschiedenen Widerspruch des Kollegen nach seinem früheren Orte zurückgekehrt, habe sich in einer wenig schonenden Weise in dessen Kundenkreis eingeschoben und ihm großen Schaden zugefügt. Die Verurteilung gegen den Kläger könne nicht als eine über das Ziel hinauschießende Maßnahme erachtet werden, da zur Wahrung der Standesinteressen eine scharfe Klage des unlohalen Verhaltens des Klägers gerechtfertigt und geboten gewesen sei.“

Das Reichsgericht ist bei seinem Urteil nicht von der Frage der Rechtswirksamkeit des Vertrages ausgegangen, sondern davon, ob das Gesamtverhältnis des Klägers standeswidrig war. Das verneint es. Die ganze Art, wie der Kläger in der strittigen Angelegenheit sich benommen habe, sei der Ehre und dem Ansehen des ärztlichen Standes abträglich, und habe er die ausdrückliche Mißbilligung verdient, die der beklagte Verein durch die Verurteilung ausgesprochen habe.

Wir finden das Urteil ganz in der Ordnung. Es spricht nur aus, was unter dem modernen Organisationswesen als Verkehrsform sich herausgebildet hat. Aber wir vermögen doch die Frage nicht zu unterdrücken: Wie wäre es, wenn Arbeiter wegen „standeswidrigen Verhaltens“, z. B. durch Streikbruch, eine öffentliche Verurteilung erlassen hätten? Für sie bestände große Gefahr, mit dem Verhängnis Bekanntheit machen zu müssen.

Das Neutralitätsgerebe der „freien“ Gewerkschaften erfährt eine eigenartige Beleuchtung durch folgende Stelle aus dem Bericht über eine Sitzung des „freien“ Gewerkschaftskartells in Mülheim am Main, die im sozialdemokratischen „Offenbacher Abendblatt“ (Nr. 45, 1914) abgedruckt ist. Es heißt dort: „Die Präsenzliste ergab das Fehlen der Vertreter der Partei natürlich der sozialdemokratischen. Red. d. B.), der Maurer, der Freidenker und der Freien Sänger.“ — Die Verbrüderung zwischen sozialdemokratischer Partei und „freien“ Gewerkschaften ist also nicht nur Ideen-gemeinschaft, sondern an manchen Orten auch schon Organisationsgemeinschaft. Daß diesem sonderbaren Gewerkschaftskartell neben der Partei auch die Freidenker angehören, macht den Neutralitätshumbung vollkommen.

Nicht minder interessant und bezeichnend sind Vorgänge, die sich im „freien“ Gewerkschaftskartell Bad Dornhausen zutragen. Dort hatte der Vorstand des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells ein Verkehrs- und Versammlungsfokal (den Schützenhof) angekauft. Die Parteimitglieder waren jedoch mit dieser Erwerbung nicht einverstanden; sie hintertrieben den notariellen Abschluß des Kaufvertrages und ließen, als sich Widerstand bei den Gewerkschaftlern zeigte, den „freien“ (!) Kartellvorsitzenden einfach über die Klänge springen. In einer Nachversammlung, zu der sämtliche Parteigrößen des Wahlkreises aufmarchiert waren, wurde er mit schicktem Abschied entlassen. Ueber das Ergebnis der betreffenden Versammlung schrieb die „Sivische Volkszeitung“ Nr. 56, 1914: „Man bedenke, vier Dauerredner und 20 Parteifunktionäre, darunter ein Redakteur der „Volksmacht“, und der sozialdemokratische Parteisekretär Schred-Vielefeld, frangulierten in einer Kartellversammlung den Vorsitzenden des Kartells und führen ihm zu Gemüte, daß er erst die Partei und dann erst die — anderen zu fragen hat ... Und so etwas nennt sich dann noch „freie“ Gewerkschaft.“

Rot-Gelbe Wahlverwandtschaft. Anlässlich der Vertreterwahlen zum Versicherungsamt Diedenhofen (Vothringen) war das fonderbare Schauspiel zu beobachten, daß Sozialdemokraten und Gelbe für eine Liste gegen die Vorschläge der christlich-nationalen Arbeitervereine stimmten. Der sozialdemokratische Führer Walter aus Diedenhofen erschien persönlich am Wahllokal, um seine Genossen für die Unterstützung der gelben Liste zu bearbeiten. Der Haß gegen die christliche Arbeiterbewegung verleitet manche Sozialdemokraten dazu, ihre sogenannten Grundzüge vollständig auf den Kopf zu stellen. Ubrigens ist es nicht das erste Mal, daß freundschaftliche Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Gelben oder deren kapitalistischen Hintermännern an die Öffentlichkeit durchgeleitet sind.

Wirtschaftliche Bewegung

Gesperri sind: Hamm i. W. (Sperrung über das Stundgeschäft Heinrich Müller wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Neustadt (Schwarzwald) (Streik der Zimmerer). Saffig (Sperrung über die Firma Florath wegen Nichtzahlung des Tariflohnes). Rheinberg (Sperrung über das Blattengeschäft Gebr. Schiffer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Vachen (Sperrung über das Plattenlegergeschäft J. S. Rumbach wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Hüllhorst (Sperrung über die Firmen Hoffmeister, Heule und Kurlbaum). Gelsenkirchen (Klefenleger, Sperrung über den Zwischhändler Jakob Weber). Pont-a-Mousson (Frankreich) (Sperrung über die Firma Still aus Meddinghausen wegen Nichtbegleichung des versprochenen Lohnes). Bad Kreuznach (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter wegen Durchführung des tarifmäßigen Lohnes). Preßlau, Kr. Schlochau (Westpr.) (Streik bei den Unternehmern Gylkow, Wölter, Wogdahn und Allan). Neuguth, Kr. Schlochau (Streik bei dem Bauunternehmer Aug. Schulz). Dalse-

Wanne (Streik zwecks Abschluß eines Tarifvertrages). Feßberg (Streik der Maurer und Bauhilfsarb. wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Düsseldorf (Gesperri ist für Zimmerer die Firma Benken wegen Nichtanerkennung eines Schlichtungskommissionsbeschlusses). Hülse bei Krefeld (Sperrung über die Baugeschäfte Bradeemann, Stiegs und Gebr. Thelen wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Tarnowitz (Streik der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter). Langefeld, Rhld. (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Schrimm (Streik der Bauhilfsarbeiter zwecks Abschluß eines Tarifvertrages). Isten (Ostpr.) (Streik der Maurer und Zimmerer). Friedrichshafen (Bodensee). (Streik der Maurer und Bauarbeiter). Kempen (Rh.) (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Mülheim (Ruhr) (Sperrung über alle Suttlaten- und Buzergeschäfte, mit Ausnahme der Firmen Vieten und Braun). Oberhausen (Sperrung über das Baugeschäft Fr. Teilemeier wegen Nichtzahlen des Tariflohnes und Maßregelung). Zugang ist fernzuhalten.

Bezirk Königsberg.

Zinten. Die Unternehmer suchen in den Tageszeitungen nach Streifbrechern. Bis jetzt haben sie damit kein Glück gehabt und werden es auch in Zukunft nicht haben. Inzwischen hat sich Herr Baugewerksmeister Kohn eines besseren besonnen. Am 16. Juni teilte er unserem Streikleiter mit, daß er zu Verhandlungen bereit sei. Diese sank tags darauf statt, und wurde der Vertrag mit diesen Arbeitgeber abgeschlossen und bringt derselbe den Kollegen bedeutende Vorteile. Wir werden dieselben bei der endgültigen Erledigung der Bewegung veröffentlichen. Von den übrigen Unternehmern gebärdet sich Herr Grenz als Herr der Situation. Die Organisationsleitung will er hinauswerfen, sobald sie zu ihm kommt, und was dergleichen „Liebenswürdigkeiten“ mehr sind. Jedenfalls wird auch Herr Grenz sich bald bessere Umgangsformen angewöhnen müssen, anderenfalls werden die organisierten Arbeiter sie ihm beibringen müssen. Wir werden auf Herrn Grenz ein besonderes Auge haben, auch in bezug auf Leben und Gesundheit seiner Arbeiter. Am Wasserturm ist ein Gerüst angebracht, welches nicht im geringsten den Bestimmungen über den Bau der Gerüste entspricht. Die Folge davon war bereits, daß ein Streifbrecher, welcher sich als Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes ausgibt, in der letzten Woche mit einem Teil des Gerüsts zusammenbrach. Zum Glück kam derselbe mit heiler Haut davon. Wenn alle Streikenden die mustergültige Haltung wie bisher bewahren, ist der vollständige Sieg bald auf unserer Seite. Zugang ist noch immer streng fernzuhalten von Zinten.

Bezirk Nürnberg.

Gammelburg. (Wer vertritt die Interessen der Arbeiter?) „Der Grundstein“, Organ des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, schreibt in seiner vorletzten Nummer in bezug auf die Lohnbewegung, die der Verband bei der Firma Weippert-Würzburg auf dem Gammelburger Schießplatz hat, folgendes: „Daß die Firma höhere Löhne bezahlen könnte, wenn sie nur wollte, beweist, daß eine andere Firma aus Karstadt, die dort unter den gleichen Verhältnissen und Bedingungen Arbeiten ausführt, den Maurern 59 Pf., dagegen die Firma Weippert nur 48 Pf. pro Stunde bezahlt.“ Damit dokumentiert der „Grundstein“, wenn auch ungewollt, daß die Interessen der Bauarbeiter nur im christlichen Bauarbeiterverbände am besten gewahrt sind; denn die „andere Firma aus Karstadt“, es ist die Firma Popp, zahlt den um 11 Pf. pro Stunde höheren Lohn schon das ganze Jahr auf Grund des Vertrages, den der christliche Bauarbeiterverband mit ihr abgeschlossen hat. Demzufolge erhöht sich der Lohn auch wieder am 1. April 1915 auf 60 Pf.

Noch schöner aber wird es, wenn man in der letzten Nummer des „Grundstein“ liest, daß der sozialdemokratische Verband mit der Firma Weippert einen Vertrag abgeschlossen hat, wonach diese, „die unter den gleichen Verhältnissen und Bedingungen Arbeiten ausführt“, in diesem Jahre 3 Pf. und im nächsten Jahre 2 Pf. pro Stunde weniger Lohn zu zahlen braucht als die Firma Popp, mit der der christliche Bauarbeiterverband den Vertrag abschloß. Das sind ja in der Tat wunderbare Dinge. Der christliche Verband bringt den Lohn mit vieler Mühe auf 59 Pf., und dann kommt der sozialdemokratische Verband her und schließt einen Vertrag auf 56 Pf. ab, und das noch, wo die Firmen unter gleichen Bedingungen Arbeiten ausführen. Man sollte so was ja wirklich nicht für möglich halten. Solche Dinge nennt man im sozialdemokratischen Lager natürlich Arbeiterinteressenvertretung. Wielange mögen sich jene Arbeiter eine solche „Interessenvertretung“ wohl noch gefallen lassen?

Bezirk Stuttgart.

Friedrichshafen. Am Montag, den 15. Juni, sind hier die Bauarbeiter in den Ausstand getreten, nachdem die Unternehmer es abgelehnt hatten, einen Tarifvertrag abzuschließen. In ihrem Schreiben teilten sie mit, daß der Abschluß eines Tarifvertrages für Friedrichshafen noch verfrüht sei. Die geforderten Löhne seien zu hoch, und wenn die Bauarbeiter etwas Derartiges dorgehabt hätten, dann hätten sie das im Frühjahr schon mitteilen sollen. Uebrigens bezahlten sie den geforderten Lohn schon zum Teil. Wenn sie jetzt einen Tarifvertrag abschließen würden, dann hätten sie große Verluste usw. Die Bauarbeiter haben den Einwendungen der Unternehmer keinen Glauben geschenkt und wollen nun einmal sehen, ob nicht auch in Friedrichshafen, ebenso wie an anderen Orten, die Unternehmer sich mit dem Abschluß eines Vertrages vertraut machen. Die Mittel, womit man die Arbeiter bekämpft, scheinen aber den Unternehmern auch dort vertraut zu sein. Polizei und Behörde waren schon lange vorbereitet; ein Streiklokal war am ersten Morgen schon abgetrieben, und es hätte auch nicht viel gefehlt, so war auch das Versammlungsfokal nicht mehr für die Bauarbeiter frei. Maßregelungen von Vertrauensleuten und

Bau delegierten hatten die Unternehmer schon die ganze Zeit vorgenommen, um die Bewegung zu unterdrücken, und den einheimischen Leuten hatten sie gebroht, im Winter ihre Geschäfte zu schließen, wenn sie sich der Organisation anschließen würden. Leider ist auch ein Teil der einheimischen Kollegen abgeschreckt worden, sie sind nicht dem Verband beigetreten und auch bei der Arbeitsniederlegung stehen geblieben. Es ist dies um so mehr zu bedauern, als der Kampf gerade um sie am meisten geführt wird. Die zugereisten Kollegen gehen alle wieder, sobald die Hauptarbeit gemacht ist, und den Erfolg des Kampfes haben eigentlich die Kollegen am Orte. Sie arbeiten hier aber gegen ihre eigenen Interessen, aus Angst, die Unternehmer würden ihre Drohung wahr machen und im Winter die Geschäfte schließen. Die Konjunktur ist dort sehr gut, die Arbeiten dringend, und wenn die Kollegen fest bleiben, so ist der Sieg auf unserer Seite, und auch die Bauarbeiter von Friedrichshafen werden einen Tarifvertrag und geregelte Arbeitsverhältnisse bekommen.

Verbandsnachrichten

Sie machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 28. Juni, der 17. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig ist.

Düsseldorf. Wir berichteten in Nr. 20 der „Baugewerkschaft“ über einen Fall von „sozialdemokratischer Fliegerei“, welcher sich auf dem Hafengelände der Seifenfabrik der „Sozialdemokratischen Konsumgenossenschaft“ abgelehrt hat. In der darauffolgenden Nummer des „Genossen“ verfaßt nun die Zeitung des „freien“ Verbandes die Sache zu verdrehen, und bringt es sogar fertig, der Zeitung des christlichen Verbandes zu unterstellen, als habe sie veranlaßt, daß unsere Kollegen, haben an der Zahl die übrigen hundert Genossen, die noch beschäftigt waren, ersetzten sollen. In diesem Artikel des „freien“ Verbandes halber noch eingehen. Er schreibt, die Firmen seien nur vertraglich gehalten, organisierte keine einzustellen. Demnach hätte man ja alle nicht sozialdemokratisch organisierten unbeschäftigt lassen müssen. Wie war's denn in Wirklichkeit? Allen Kollegen, die unbeschäftigt dem um Arbeit anfragten, wurde kategorisch erklärt: Hier werden nur „freie“ Organisierte beschäftigt. Sogar die Solitare sollten diese Bestimmung der Arbeitsstellen schon mit. Nur drei unserer Kollegen konnten es anfangs ertragen, Arbeit anzunehmen, davon mußten zwei die rote Zwangsjacke sofort anziehen, während einer festsitzen blieb und deshalb von der Firma kündigt, um nicht drohen zu werden, auf eine andere Stelle geschickt wurde. Im übrigen hat der Firmenvorstand von Sell & Löper diese Tatsache in der Schlichtungskommissionssitzung bekümmert. In einer anderen Stelle des Artikels heißt es, das „Düsseldorfer Tageblatt“ ist das Leitorgan der heiligen Unternehmer, deshalb habe man auch darin unseren Artikel gebracht, um sich als unermüdliche Arbeiter in empfehlende Erinnerung zu bringen. In dieser Beziehung haben wir mit dem Artikelsschreiber Einarman. Wie ihm so oft die Junge durchgeht, so kann dies auch schon mal mit der Feder passieren. Bemerkenswert wollen wir aber, daß man zur „Düsseldorfer Volkszeitung“ schon deshalb kein Vertrauen haben kann, weil deren Redakteure wegen allzu gewissenhafter Berichterstattung oft die Feile nach der Ulmer Höhe machen müssen. Besonders wichtig ist für uns noch, daß von dem sieben Papern, die extra von der Firma an unserem Bureau beigestellt worden waren, sechs davon wegen rückständiger Beiträge im sozialdemokratischen Bauarbeiterverband im vorigen Jahre gestrichen sein sollten. Diese Leute hätten ihre Verbandsbücher zeigen sollen, was sie aber verweigert hätten. Der Artikelsschreiber sagt noch weiter, die Kollegen hätten sich groß und rüpelhaft benommen, auch hätte man die Verbandsbücher mit Absicht nicht vorgezeigt, weil man sonst verraten hätte, daß man sich an demselben Tage für 1,50 M im christlichen Verbands hätte aufnehmen lassen. Hier ist nun der klarste Beweis, daß der Artikelsschreiber seine Informationen sehr oberflächlich betrieben hat, wir wollen ihm daher etwas beifällig sein. Von den genannten sieben Kollegen sind vier schon längere Jahre Mitglieder unseres Verbandes. Die übrigen drei und noch viele andere sind in Ruf aus dem „freien“ Verbands ausgetreten, weil Vorstandsmitglieder der Stukkateure und Papper daselbst in einer Angelegenheit, die der Zweigvereinsleitung in Düsseldorf bekannt ist, eine sehr traurige Rolle gespielt haben. Man schafft doch eine Sache nicht damit aus der Welt, daß man das Papier mit Unwahrheiten beschnürt. Die eigenen Genossen schütteln ja den Kopf, die bei der Differenz zugegen gewesen sind und nun den Sachverhalt so dargestellt sehen. Wer groß und rüpelhaft sich geberdet hat, wird ja noch an anderer Stelle festgestellt werden.

Gronau. Am 14. Juni hielten wir im Lokal Selberhins unsere Monatsversammlung ab. Dieselbe war trotz eifriger Agitation nur mäßig besucht. Im geschäftlichen Teil wurde Kollege Herbart als Delegierter zur Konferenz nach Dortmund gewählt. Wir möchten an dieser Stelle die Kollegen ermahnen, in Zukunft die Versammlungen doch besser zu besuchen. Man kann doch nicht gut annehmen, daß die Kollegen der Meinung sein können, sie hätten die Versammlungen nicht mehr notwendig, und es doch auch wahrhaftig nicht. Daher aufgedrückt mit der „Eier“, denn alles, was wir arbeiten, der Eier, den wir anwenden, geschieht doch nur für uns, und nicht für fremde Interessen. Wir wollen ganze Männer sein, gut, dann aber auch ganze Gewerkschaftler.

Verl. Am 16. Juni fand in unserem Verbandslokale eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Werner-Paberhorn referierte über die augenblickliche Lage im Baugewerbe. Er schilderte ferner die tarifliche Entwicklung, ihre Vorteile und Nachteile. Er ermahnte die Kollegen, auf der Hut zu sein, um allen Gefahren gewachsen zu sein. Die Kollegen folgten den Ausführungen mit regstem Interesse. In der lebhaften Diskussion kamen die Quertreibereien der Unternehmer gegen die christlichen Gewerkschaften zur Sprache. Kollege Woz ermahnte die Kollegen, eifrig für unsere gute Sache zu arbeiten und alle Kräfte anzuspannen, um die Nichtorganisierten für den Verband zu gewinnen, damit, wenn der Kampf ausbricht, wir gerüstet dastehen. Die Kollegen versprochen, treu mitzuarbeiten und ihren Mann zu stellen in jeder Gefahr. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften wurde die Versammlung geschlossen.

Bimmerer.

Düsseldorf. Die Wanderredner des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, welche im Mai d. J. Agitationsobermählungen in den Bahnhöfen der einzelnen Bezirke abhielten, haben nun in der Nr. 20 des „Zimmerer“ ihre Ergebnisse erzählt. Diese manchmal nicht sehr angenehmen inneren Angelegenheiten, welche da erzählt werden, gehen uns weiter nichts an, nur müssen wir uns aufhalten über einiges, was der Genosse G. Ehlers aus Frankfurt a. M. in einer Düsseldorfener Versammlung gehört haben will, und über seine eigene Meinung, die er nun zum besten gibt. Da ist zunächst geklagt worden, daß der Bauarbeiterstand mangelhaft sei, besonders auf dem Neubau eines Warenhauses; gemeint ist jedenfalls der Neubau Carich. Nun ist aber der „Genosse“ Ehlers schnell mit seinem Urteil fertig und schiebt die Schuld den Zerstückelungen der Organisationen in „freie“ und christliche zu. Dazu braucht man wirklich nicht die Größe eines Bezirksleiters zu sein, um solch einen Irrsinn zu verzapfen. Ob dem „freien“ Dichter nicht bekannt ist, daß an jenem Bau nur sozialistisch organisierte Zimmerer gearbeitet haben, und auch die meisten übrigen Bauarbeiter nicht christlich organisiert sind? Oder sollen wir dem „urteilsfähigen“ Manne von Frankfurt noch nachweisen, daß es in Deutschland recht viele Orte gibt, wo der Bauarbeiterstand noch mangelhaft ist, es dort aber nur sozialistisch organisierte Bauarbeiter gibt? Ferner ist in der Versammlung gesagt worden, daß unsere Zimmerer in den Geschäften unter Tarif arbeiteten, und die „Genossen“ müßten sich den Tariflohn dort erkämpfen. Etwas Derartiges hört sich nach außen hin sehr bedenklich an, daher wollen wir die Sache kurz klären. Der Vertrag ist abgeschlossen mit der Zimmermeister-Zwangsjacke. Die Baugeschäfte hatten nur zum Teil den Vertrag anerkannt. Diese zahlten dann auch bei schlechter Arbeitsgelegenheit nur den Ein-Jahreslohn. Wir haben aber immer feststellen müssen, daß es nicht nur christlich organisierte Zimmerer, sondern auch „Genossen“ waren, welche zu diesem Lohn gearbeitet haben. Auch heute arbeiten noch „Genossen“ in Betongeschäften zu Ein-Jahreslöhnen. Wenn aber gesagt wird, die „freien“ Zimmerer hätten sich in diesen Geschäften erst den Tariflohn erkämpft, so trifft dieses ja gar nicht zu. Daß auch wir befreit gewesen sind, dem abgeschlossenen Zimmerervertrag auch in den Baugeschäften Geltung zu verschaffen, wird die Leitung des „freien“ Zimmererverbandes wohl wissen. Im übrigen soll man nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashause sitzt.

Ein christlicher Gewerkschaftstag in der Deutschen Werkbundausstellung

Köln, die rheinische Metropole, steht im Sommerhalbjahr 1914 im Zeichen der großen Werkbund-Ausstellung, der auch die Arbeiterchaft hohe Aufmerksamkeit entgegenbringt.

Die Ziele und Bestrebungen des Deutschen Werkbundes gelten der deutschen Arbeit. Sie soll verfeinert, bereichert und durchgegeistert werden; die Arbeit soll in steter Entwicklung den Charakter des Qualitätszeugnisses annehmen und an sich fortbilden. Echt im Material, schön in der Form, soll die deutsche Arbeit sich ihren Platz auf dem Abnehmermarkt erobern und dauernd erhalten. Dem deutschen Volke soll dieser angestrebte Werdegang von Industrie, Handel und Gewerbe zur nationalen Aufgabe gestempelt werden.

In dem Worte „Qualitätsarbeit“ gipfelt das Deutsche Werkbundes Programm. Seine Ausstellung soll öffentlich dokumentieren, wie weit wir auf dem Wege der Werkbundsziele schon vorangeschritten sind; sie soll Anregung und Begeisterung zu weiterer Schaffen im angeführten Sinne geben. Die Ausstellung ist, so wie sie im Schatten der Dombirne des alten, heiligen Köln dastehet, ein hochragendes Werk deutschen Könnens, deutschen Fleißes und deutscher Arbeitskraft. Aus der Erkenntnis, daß die Arbeiterchaft in erster Linie zu dem Gelingen dieses großen Werkes mit beigetragen hat, entstand der Gedanke, einen besonderen

christlichen Gewerkschaftstag in der Deutschen Werkbund-Ausstellung zu veranstalten. Am Sonntag, den 2. August, werden die christlichen Gewerkschaftler Westdeutschlands im gastlichen Colonia zu dieser Veranstaltung zusammenströmen. Das Kölnener stellvertretend der christlichen Gewerkschaften ladet alle Mitglieder und deren Angehörigen der näheren und weiteren Umgebung Köln zur Teilnahme an dieser Tagung ein.

Im Verein mit dem Bezirks- und Ortsstellen von Rheinland und Westfalen sucht es den Tag zu einem möglichst erfolgreichen für den Werkbundgedanken zu gestalten. Mit einer großen Kundgebung christlicher Gewerkschaftler im Stadion des Ausstellungsgeländes vom mittags 10 1/2 Uhr wird die Ausstellungsbefichtigung geleitet. *) Es darf wohl bestimmt erwartet werden, daß der Einlabung zahlreich und freudig Folge geleistet wird. Die Parole für den 2. August muß für die christlichen Gewerkschaftler allenthalben lauten: Auf zu den Besiegten der Werkbund-Ausstellung! Au nach Köln! Der vorbereitende Ausschuss.

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Der Gutenberg-Bund bezeichnet laut Jahresbericht eine Steigerung der Mitgliederzahl im Jahre 1913 um 144, auf 3440. Zurzeit ist die Zahl 3500 bereits überschritten. 30 Mitglieder traten vom sozialdemokratischen Buchdruckerverband zum Gutenbergbund über. Die Gesamteinnahmen betragen 285 227 M. Die Gesamtausgabe 145 912 M. Das bedeutet einen Ueberschuß von 139 285 M. Das Vermögen hat damit die Höhe von 633 276 M erreicht, wozu noch etwa 30 000 M. in den Ortsklassen kommen. Es wurden verausgabt an Krankenunterstützung 26 047,50 M, Arbeitslosenunterstützung 21 745 M, Umzugsunterstützung 1234,6 M, Jubiläumsunterstützung 14 117 M, Sterbegeld 350 M, Notlagenunterstützung 725 M, für Ausbildungszweck 1942,63 M, Verbandsorgan 17 856,93 M. Die Ausgabe für Ausbildung der Mitglieder steigen von Jahr zu Jahr, ein Beweis, daß die Organisationsleitung Verständnis für die technische Entwicklung hat. Der Bericht geht auf die Situation im Buchdruckgewerbe näher ein und schildert die Kämpfe und Schwierigkeiten, die Ereignisse und Erfolge auf gewerblichem, organisatorischem und tariflichem Gebiete. Seit 1. Januar gibt der Gutenbergbund eine Fachzeitschrift zum „Typograph“ heraus, die der fachlichen Weiterbildung der Mitglieder dient. Wer die Schwierigkeiten kennt, die sich dem Gutenbergbund entgegenstellen, kann sich nicht verhehlen, daß im Jahre 1913 einen guten Schritt vorwärts gekommen ist und sich innerlich gefestigt hat. Der Bericht ist bei der Geschäftsstelle (Berlin SO 16, Kaiser-Franz-Gründlerplatz 14) zu beziehen.

Aus Arbeitgeberverbänden

Die Gründung örtlicher Arbeitgeberverbände d. h. die örtliche Zusammenfassung der im Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände vereinigten Baugewerkschaften und Nebengewerbe, hat nach den Berichten der Arbeitgeberpresse weitere Fortschritte gemacht. Die „Baugewerkszeitung“ mitteilt, werden die im Reichsbund zusammengeschlossenen Zentralarbeitgeberverbände dieser Teil der Organisationsarbeit fortgesetzt ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Im „Deutschen Dachdeckermeisterbund“ wird auf die Nachteile hingewiesen, die in der vergangenen Zeit die einzelnen Baugewerbe erlitten haben, weil es ihnen an einer Fühlung untereinander fehlte, und dann ausgeführt:

„Schon bei den Tarifbewegungen 1913 konnte die Reichsbund aller am Baugewerbe interessierten Gewerkschaften darauf hinwirken, daß einmal alle Tarife mit einem gemeinsamen Inkraftstermin abgeschlossen wurden, und weiter, daß sich die verschiedenen Gewerbe bzw. der Organisationen gegenseitig über die zu führenden Verhandlungen rechtzeitig verständigten und über die Resultate der Verhandlungen laufend unterrichteten. Auf diese Weise konnte es vermieden werden, daß gewisse Massen ein Gewerbe dem anderen in den Rücken fiel, und so, wenn vielleicht auch ungewollt, für die Arbeitnehmer besonders günstige Verhältnisse schuf. In vermehrtem Umfang wird der Reichsbund bei den im Jahre 1916 bevorstehenden Tarifverhandlungen für die allgemeinen Interessen der Arbeitgeberinteressen eintreten können. Um für rechtzeitig die nötigen Verhältnisse herbeizuführen tritt der Reichsbund schon jetzt an die interessierten Arbeitgeber an und fordert sie auf, auch an den einzelnen Ortsvereinen festen Zusammenschluß aller am Baugewerbe beteiligten Gewerbetreibenden herbeizuführen, d. h. es soll die an jedem Ort bestehenden einzelnen Vereinigungen oder Zimmungen im weiteren Baugewerbe zu einem Arbeitgeberverband zusammenfassen und so gemeinsamen Interessen aller Arbeitgeber im weiteren Baugewerbe raten und vertreten. Da hierzu keine besondere Organisationsmaßnahme nötig ist, sondern nur die einzelnen Organisationen nötig haben, möglichst alle Kollegen in der Fachrichtung usw. zu vereinigen, und dann mit der Vereinigung mit den anderen am Ort bestehenden Ortsvereinen in Kontakt zu treten, so dürfte der vom Reichsbund erstrebte Erfolg jedenfalls auch den erwünschten Erfolg haben. Berücksichtigt man hierbei noch, daß die einzelnen Fachverbände am Orte jeder wieder einem Reichsbundverbände angehören, und diese Reichsbundverbände wieder Reichsbundbaugewerblicher Arbeitgeberverbände vereinigen, so wird man finden, daß bei entsprechendem Ausmaß der örtlichen Baugewerbeverbände endlich das nötige Gegengewicht gegenüber den immer mächtiger werdenden Organisationen der Arbeitnehmer geschaffen wird.“

*) Alles Nähere wird durch die Karteile beiliegend gegeben.

Volkswirtschaftliches und Soziales

Der Geschäftsgewinn des englisch-amerikanischen Tabaktrustes im Jahre 1913 erlaubt ihm, seinen Stammaktionären eine Dividende von nicht weniger als 27 1/2 Prozent auszuschütten. Das zu erwähnen, ist vielleicht nicht ohne Interesse, da dem Wirken des Tabaktrustes in Deutschland die Aufmerksamkeit etwas mehr gehört, als noch vor kurzem. Der Dividendeneigentümer quillt aus einem Reingewinn von rund 44 Mill. Mark, dem höchsten, den die British-American Tobacco Co. im Laufe der letzten neun Jahre erzielt hat, wogegen sie allerdings im Jahre 1911 eine noch höhere Dividende, nämlich 37 1/2 Prozent ausschüttete.

Um die Bedeutung dieser Zahlen richtig zu würdigen, vergegenwärtigt man sich nun, daß der Reingewinn erzielt wurde, trotzdem andauernd in aller Herren Länder große Summen nicht allein für den Ankauf trustfreier Unternehmungen, sondern sogar nur für die Vermittlung solcher Ankäufe ausgegeben werden, daß ferner die Niederämpfung der einheimischen Konkurrenz überall ganz außerordentliche Kriegskosten erfordert. Es braucht dabei nur wieder an das Guttschein- und Zugabeunwesen erinnert werden, an die großen Propagandakarabatte, mit welchen der Absatz anderer Unternehmungen bekämpft wird, und an die verschwenderische Reklame, die ja auch in Deutschland allen Trustfirmen gemeinsame Merkmale aufweist.

Das alles ist vorweg aus den Einnahmen zu decken, und trotz dieser Lasten konnte die British-American Tobacco Co. einen Reingewinn von rund 44 Mill. Mark erarbeiten. Aus Ersparnissen durch billigen Einkauf des Rohmaterials allein hat er unmöglich erzielt werden können, ebensowenig allerdings aus Verschlechterung der Fabrikate in Ländern, die erst erobert werden sollen. Wohl aber müssen dafür die bereits sicheren Stützpunkte des Trustes herhalten. Dort gibt es keine lockenden Rabatte mehr und für möglichst viel Geld möglichst schlechte Ware, damit Kapital frei wird für die Kriegführung an anderen Stellen und für die Dividende der wenigen Stammaktionäre, der „Insider“.

Schon das ist für uns lehrreich zur Berechnung, wie die Dinge beim weiteren Vordringen des Tabaktrustes sich einmal auch in Deutschland gestalten werden. Für die Gegenwart ist aber noch lehrreicher die Erwägung, daß zu der Millionenbeute englisch-amerikanischer Tabakmilliardäre auch die Trustfirmen in Deutschland ihren Fehnten beigetragen haben. Händler, Arbeiter, Hilfsindustrien, kurz, alle Wirtschaftszweige und Bevölkerungsgruppen, die mit der Zigarette in Berührung kommen, sind Dividendenschöpfer für das Ausland. Die Ueberlegung macht im Augenblick begreiflich, daß selbst in volkswirtschaftlich ernst denkenden Kreisen der Gedanke einer Progressivsteuer für Gesellschaften, die nachweislich ihren Gewinn ins Ausland fließen lassen, erörtert werden kann.

Soziale Wahlen

Wahlen. Unter dem Vorsitz des Herrn Landrat Dr. Peters zu Mayen tagte am 23. April in Hibernach eine Versammlung der Krankenfassen-Vorstandsmitglieder und Knappschaftsältesten des Kreises Mayen, wo unter anderem eine gemeinsame Vorschlagsliste der Vertreter für das Versicherungsamt Mayen aufgestellt werden sollte. Auch die christlich organisierten Arbeiter wären zweifellos mit einer gemeinsamen Vorschlagsliste einberufen gewesen, wenn man sie einigermaßen nach ihrem Stimmenverhältnis auf der Vorschlagsliste berücksichtigt und ihnen zwei Vertreter zugestanden hätte. Außerdem konnten wir uns auch nicht mit den Vorschlägen der Arbeitgeber wie von Sitz Berlin einverstanden erklären, daß Werkführer, Gutmacher u. dgl. mehr als Vertreter der Verletzten fungieren sollten, und mußten daher unsere bereits vorher aufgestellte Vorschlagsliste aufrecht erhalten. Aber auch Sitz Berlin reichte jetzt eine eigene Vorschlagsliste ein. Bei der nun am 6. Juni er. stattgefundenen Vertreterwahl für das Versicherungsamt Mayen entfielen auf die Vorschlagsliste A des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes 3405 Stimmen, auf Liste B, aufgestellt unter dem Vorsitz des Herrn Landrats, 2805 Stimmen und auf Liste C der katholischen Arbeitervereine Sitz Berlin 1929 Stimmen. Es erhielt somit die Liste A des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes 3 Vertreter, Liste B, aufgestellt unter dem Vorsitz des Herrn Landrat, 2 Vertreter und die Liste C des katholischen Arbeitervereine „Sitz Berlin“ nur 1 Vertreter. Noch am Tage vor der Wahl versandte Sitz Berlin noch ein Handschreiben an fast sämtliche Wähler, in welchem wir verhängnisvoll wurden, und die Wähler sollten sich nur die Liste C von „Sitz Berlin“ wählen. Aber Erfolg war für die „Berliner“ ein lässliches Resultat. Immer mehr tritt es zutage, daß „Sitz Berlin“ im Bezirk Mayen sich auf dem Krebsgange befindet. Trotz zwei Werten und eines Bureauhilfen können sie ihren Mitarbeiterstand nicht halten, noch viel weniger Fortschritte machen, wogegen Mitgliederzahl und Einnahmen des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes im Bezirk Mayen sich fortgesetzt steigern.

Zum Versicherungsamt Wamburg II wurden die christliche Vertreter und 1 Kandidat eines gelben Vereines gewählt. Für das Versicherungsamt Zwickau stellen die christlichen Arbeiter 6 und die Sozialdemokraten 1 Vertreter. Die Sonderliste eines Aboliten Militärarbeiterverbandes ging aus. In Zwickau war, wie eine gütliche Liste von christlicher Seite eingereicht, deren 6 Kandidaten als gewählt erklärt wurden. Das gleiche geschah für das Versicherungsamt Kreis Gellenschanz. Bei der Wahl zum Versicherungsamt Donaubrühl-Stadt entfielen auf die christlich-nationale und sozialdemokratische Vorschlags-

liste je 3 Vertreter. Für das Versicherungsamt Donaubrühl-Land war nur eine Liste von christlich-nationaler Seite eingereicht, deren 6 Kandidaten ohne Wahl als Weisiger erklärt wurden. — Bei der Wahl zum Versicherungsamt Hoherzwerda (Schlesien) wurden 5 Nationale und 1 sozialdemokratischer Weisiger gewählt. — In Wibling 4 Christlich-Nationale und 1 Sozialdemokrat. — Zum Versicherungsamt Denzheim stellen die christlichen Arbeiter 4 und die Sozialdemokraten 2 Weisiger. Für das Versicherungsamt Glogau stellen die christlichen Arbeiter 2 und die vereinigten Sozialdemokraten und Hirsch-Dunder 4 Vertreter. In Reize (Stadt) wurden 4 christliche und 2 Vertreter der vereinigten sozialdemokratischen Hirsch-Dunderischen Liste gewählt. Zum Versicherungsamt Kreis Neustadt (Oberschlesien) wurden sämtliche 6 Vertreter der christlich-nationalen Richtung gewählt; die von sozialdemokratischer Seite eingereichte Liste war ungültig. In Mülhausen i. E. (Stadt) entfielen auf die Liste der christlichen Arbeiter 1, auf die Liste der Sozialdemokraten 4 und auf eine rot-gelbe Sonderliste 1 Vertreter. Für Mülhausen i. E. (Land) wurden 2 Vertreter der christlichen Arbeiter, 1 Vertreter der Betriebskrankenkassen und 3 Vertreter der sozialdemokratischen Liste gewählt. Für das Versicherungsamt Kreis Mettmann wurden 3 Christlich-nationale und 3 sozialdemokratische Weisiger gewählt. Bei der Wahl zum Versicherungsamt Kreis Dinslaken (Rhld.) entfielen auf die christlichen Arbeiter 4, auf die Sozialdemokraten und Hirsch-Dunderischen je 1 Vertreter. In Halle a. S. stellen die christlich-nationalen Arbeiter 2 und die Sozialdemokraten 4 Weisiger. Für das Versicherungsamt Wunsiedel (Oberfranken) stellen die christlichen Arbeiter 2 und die Sozialdemokraten 7 Vertreter. Da Wunsiedel und das gleichzeitig zum Versicherungsbezirk gehörige Marktredwitz bisher sozialdemokratische Domänen waren, bedeutet der Ausgang der Wahl für die christlichen Arbeiter einen Achtungserfolg. Bei der Wahl zum Versicherungsamt Traunstein entfielen auf die Liste der christlichen Arbeiter 5 und auf die Sozialdemokraten 1 Weisiger. Mit dem gleichen Ergebnis endete die Vertreterwahl zum Versicherungsamt Landsberg am Lech.

Gerichtliches

Die Drohung mit Boykott, ein Erpressungsversuch. Das Landgericht Hamburg hat am 6. Oktober 1913 den Gewerkschaftsbeamten Friedrich Boß, der als Beauftragter des Fabrikarbeiterverbandes eine Hamburger Firma mit Boykott ihrer Erzeugnisse bedroht hatte, falls sie nicht auf den Vorschlag eines Tarifvertrages eingehen, von der Anklage der versuchten Erpressung (§§ 253, 43 StGB.) mit der Begründung freigesprochen, daß nach einer Zivilentscheidung des Reichsgerichts der Boykott in Lohnkämpfen ein erlaubtes Kampfmittel sei, weshalb nach Auffassung der Strafkammer auch die Drohung damit nichts Unerlaubtes an sich trage; ebenso sei Boß auch nicht nachzuweisen, daß er sich der Rechtswidrigkeit des erstrebten Vermögensvorteils, nämlich des Tarifvertrags, bewußt gewesen sei. Die hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision, die vom Reichsanwalt vertreten wurde, bezog sich demgegenüber auf eine frühere Strafentscheidung des Reichsgerichts, wonach ganz allgemein auch ein erlaubtes Mittel wie der Boykott ein Uebel sein könne, dessen Ausübung zwecks Erlangung eines Tarifvertrages den Tatbestand der versuchten Erpressung erfülle. Der 3. Strafsenat des Reichsgerichts hat sich nunmehr in seinem Urteil vom 8. April 1914 zur Aufhebung des Reichsanwalts bekannt, daher das freisprechende Urteil aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. Der höchste Gerichtshof steht somit auf dem für die kommende Neugestaltung des Koalitionsrechts sehr wichtigen Standpunkt, daß die Drohung mit dem an sich erlaubten Boykott strafbarer Erpressungsversuch ist. (Mittenzellen: 3 D. 1176/13.)

Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme Berichte über Bauunfälle sind so schnell als möglich einzuliefern.)

Düsseldorf. Der Maurer Theod. Dienst wurde am 2. Juni bei den Ueberführungsarbeiten der Eisenbahn über den Schwarzbach bei Ratingen mit dem Rammbär an der rechten Hand getroffen. Von den drei Mittelfingern wurde einer gequetscht und zwei teils abgedrückt. Der Unfall geschah deshalb, weil der Kollege auf einem Eisenträger ausruhte und so unter den Rammer zu fallen kam.

Düsseldorf-Math. Am 4. Juni stürzte der Hilfsarbeiter Albert Rohoff in einem Neubau vom Gerüst und erlitt Rippenquetschungen. Er fand Aufnahme im dortigen Krankenhaus. Ferner fiel der Stukkateur Wihl. Weimer am 9. Juni beim Abwaschen einer Decke vom Gerüst und zog sich eine Verrenkung im Hüftgelenk zu.

Einfort. Am 2. Juni verunglückte unser zweiter Schriftführer, Kollege Isidor Kraß, bei der Firma Westmann in Einfort, Kalkofenbau. Der Kollege wollte ein Gewölbe am Maschinenlaufe auswechseln, als plötzlich das ganze Gewölbe mit Schalholz über ihm zusammenstürzte und ihn unter sich begrub. Nach etwa 15 Minuten war es möglich, ihn unter den Trümmern hervorzuholen. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde er dem Rheinberger Krankenhaus überleitet. Nur durch schnelles Eingreifen unserer Kollegen war es möglich, den Verunglückten dem Tode zu entreißen. Das Unglück zeigt mal wieder, wie leichtsinnig die Kollegen manchmal zu Werke gehen. Hoffentlich ziehen die Überlebenden eine Lehre daraus und legen etwas mehr Gewicht auf Leben und Gesundheit.

Am 11. Juni verunglückte unser Mitglied Johann Schirer. Er war auf einem vollendeten Neubau beschäftigt. Am nach Material zu rufen, stürzte er sich in den höhe-

Dichte Mächer
 stelle man heraus Strapazoid Leicht, sauber, geschmeidig. Prospekt Nr. 612 u. Muster postfrei u. umsonst. A. W. Andernach, Beuel am Rhein.

stufschacht. In demselben Augenblick kam der Führer herübergekauft und schlug dem Kollegen auf den Kopf, worauf der Tod sofort eintrat. Wir betrauern in ihm ein eifriges Mitglied.

Königsberg, den 14. Juni 1914. Submissionsblätter haben einige Ausschreibungen der letzten Tage in Ostpreußen gebracht. In Bartenstein kamen die Arbeiten für die Herstellung einer Eisenbahnüberführung an der neuen Bahn von Bartenstein nach Heilsberg zur Verdingung, wobei eine Firma aus Liebstadt 8003 M., eine aus Königsberg 20 752 M. forderte. Bei einer Verdingung von Erdarbeiten für Bahrübergänge zwischen Seeburg und Rothfließ forderten in Heilsberg bei dem Betriebsnebenamt eine Königsberger Firma 9675 M., eine andere Königsberger 25 235 M. In Angerburg forderten bei einer Submission für eine Kanalunterführung an der Eisenbahnstrecke Gerbauen-Angerburg eine Berliner Firma 31 000 M. und eine Firma aus Uthz 65 000 M. In Allenstein hat das Militärbaumamt die Hebung der ... von 10 Mannschafthäusern ausgeschrieben. Dabei schwankten beim ersten Los die Angebote zwischen 7680 und 19 600 M., beim zweiten Los zwischen 6150 und 14 250 M. und beim dritten zwischen 5550 und 13 000 M.

Submissionsblüte. Bei der Submission zur Erbauung einer Stadtmauer zum Murakraftwerk bei Kirchmaunwesen-Hornbach betrug die Einheitsforderung 496 491 M., die Höchstforderung über 1 Million Mark. Zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Gebot besteht also ein Unterschied von über einer halben Million Mark, während das niedrigste Gebot noch nicht einmal die Höhe einer halben Million erreicht.

Feuchtigkeitsfester Mörtel. An allen Baustellen, die nicht gänzlich auf die Anwendung von Mauerwerk und Bewurf verzichten, ist die Vermeidung eines Durchschlagens der Feuchtigkeit eine Aufgabe von besonderer Wichtigkeit. Fast jeder Mörtel hat bis zu einem gewissen Grade die Eigenschaft, in seinen Poren die Feuchtigkeit aufzusaugen und ins Innere zu leiten, wodurch in Wohnungen, namentlich neugebauter Häuser, ein schwerer Uebelstand entsteht. Es ist eine große Zahl von Versuchen angestellt worden, um dem Mörtel durch eine bestimmte Zusammenlegung oder Beimischung eine Dichtigkeit in diesem Punkt zu verleihen. Zunächst ist die Beimischung von Leinöl, Firnis, harzigen Stoffen, flüssigen Kohlenwasserstoffen und dergleichen empfohlen worden. Andererseits ist der gleiche Zweck durch Einmischung von Ton oder feinem Sand, gleichzeitig mit verfeinbarem Del, angestrebt worden, um die Poren des Mörtels zu verstopfen. Aus einer vollständigen Uebersicht über die Ergebnisse dieser Forschungen, die zuerst in den französischen Annalen für Brücken- und Chausseebau veröffentlicht hat, ist folgendes zu entnehmen: Die Hinzufügung schwerer mineralischer Teile zu einem Zementmörtel vermindert dessen Widerstandsfähigkeit und Abdichtungsvermögen, doch kann bei einem Mörtel, der überhaupt dicht genug ist, um nur wenig Wasser durchzulassen, ein kleiner Zusatz von schwerem Del eine völlige Sicherheit gegen Durchfeuchtung gewährleisten. Es ist aber schwer, das Del mit dem Mörtel richtig zu mischen. Wird dabei nicht genügend Druck angewandt, so wird es allmählich herausgewaschen, und der Mörtel wird dann noch durchlässiger, als er ohne jede Beimischung gewesen wäre. Andere Mittel verbieten sich durch ihren hohen Preis oder durch die Verteuerung, die durch die Anwendung eines geeigneten Verfahrens unvermeidlich ist. Der beste Erfolg wird nach Heret dadurch erzielt, daß die Körnigkeit des gebrauchten Sandes in bestimmter Weise geregelt wird. Es müssen dazu große Sandförner und feine Körner unter möglichstem Ausschluß von solchen mittlerer Größe gemischt werden. Auf diesem Wege läßt sich ein sehr dichter Mörtel ohne jede Beimischung erzielen. „Dress. Nst. Nachr.“

Bücherschau

Das beste billige Schulden-Einziehungs-Verfahren. Unter diesem Titel ist in lobenden eine Sammlung von 40 gebrauchsfertigen Formularen nach Dr. jur. E. Karlemeiers Großes Handbuch des gesamten Wahn- und Lagewesens (300 Seiten, 25. Tausend) und „Außenstände ohne Kosten einzuziehen“ erschienen, die sich nach den Empfehlungen der Handels- und Handwerkerorganisationen zum schnellen und erfolgreichen Eintreiben von ausstehenden Forderungen bestens bewährt haben. Die Sammlung ist zum Preise von 90 Pf. (Porto 10 Pf.) in der Verlagsanstalt G. Wigt, Wiesbaden, erschienen und kann eventuell auch durch gute Buchhandlungen und unsere Geschäftsstelle bezogen werden. Sie macht sich für jeden Geschäftsmann sicher recht gut bezahlt.

Wie jede Familie im Eigenhause billiger als zur Miete wohnen kann. Unter diesem Titel ist schon in 100 000 Exemplaren verbreitete Schrift des Hgl. Bauinspektors F. J. zur Erlernen, die allen Kreisen die richtigen Wege zeigt, wie man aus dem großen Mietshause mit allen seinen gesundheitlichen und sonstigen Nachteilen ohne Mehrausgaben in das idyllische von Gärten umgebene Einfamilienhaus ziehen kann. Das 100 Seiten starke lehrreiche Werk (1,80 M., Porto 20 Pf.) bezeichnet man als ein Buch zum Auf- und Planmachen für jedermann, und das ist es auch. Es enthält eine Fülle Anleitungen und Maßstäbe, die „Gottes Wort“ sind, welche helfen für ein Haus mit Garten in den bestmöglichen Größen der ausgiebigsten Hausbehälter in jeder

Kommen, was man vom Hausplan und Hausbau wissen muß, wie man sich Baugeld und Hypotheken beschafft, den Garten anlegt, damit er einen Teil des Hauszinses miteintragt, zeigt praktische Einrichtungen für das Haus und ein Verzeichnis der Stellen, die Hypothekengelder geben, nebst ca. 160 Plänen und Ansichten geeigneter Hausbeispiele von 6000 M. Baufloßen aufwärts bis zu Landhäusern und Villen für 16-, 20-, 30- oder 40 000 M. Als besonders interessant ist die nachgewiesene Art des Häuserwerbes ohne große Mittel durch Hypothekendarlebensversicherung, die infolge der Anregungen durch dieses Buch von einigen großen Gesellschaften eingeführt ist, sowie Häuserwerb durch Mietzahlung in 18 oder 25 Jahren. Das im Heimkulturverlag zu Wiesbaden 38 erschienene Buch kostet portofrei 2 M., und für Mitglieder der Gesellschaft für Heimkultur e. V. (Sitz Wiesbaden) wird es kostenlos geliefert mit vier anderen Größenschriften und der Vereinszeitschrift „Heimkultur“ (Gesamtwerk 24 M.). Mitgliedsbeitrag nur 10 M. jährlich. Unsere Leser erhalten Sitzungen usw. der Gesellschaft für Heimkultur e. V., Wiesbaden 38, auf Verlangen kostenlos zugesandt.

Verfammlungskalender

Kreuzen. Am Sonntag, den 28. Juni, bei Restaurateur Dünki Zahlstellenversammlung. Sämtliche Kollegen müssen erscheinen. Die mit ihren Beiträgen noch im Rückstande sind, mögen diese alsbald begleichen.

Verwaltungsstelle Lippheue R.-R.

Am Sonnabend, den 27. Juni, abends 8 Uhr, im „Eeschloß“ Versammlung. Die Kollegen, die dem Verbande noch nicht angehören, sind freundlich dazu eingeladen. Als Redner erscheint Bezirksleiter Hildebrandt.

Bekanntmachungen

Nichtung, Verwaltungsstelle Neudlinghausen!

Laut Beschluß der Vorstände-Konferenz vom 29. März soll in der Zeit vom 28. Juni bis 5. Juli in allen Zahlstellen der Verwaltungsstelle Neudlinghausen eine Bücherkontrolle stattfinden. Die Mitglieder werden gebeten, ihre Bücher am 28. Juni bei der Delegiertenwahl zum Verbandstage abzugeben. Nach den notwendigen Eintragungen und einem entsprechenden Kontrollbericht werden die Bücher den Mitgliedern bis zum 5. Juli durch die Hauskassierer wieder zugestellt.

Mit kollegialem Gruß:

Der Verwaltungsstellen-Vorstand.

gez. Janz, Katz.

Als die christlich organisierten Bauarbeiter in der Provinz Westfalen!

Hiermit berufen wir auf Sonntag, den 5. Juli, morgens 11 Uhr, eine Konferenz der baugewerblichen Arbeiter der Provinz Westfalen nach Dortmund ein. Tagungsort: im „Schwarzen Raben“, Hansastraße 105.

Zweck der Konferenz:

Besprechung der Lage des Bauarbeiterschutzes in Westfalen, sowie Stellungnahme zu den bestehenden Schutzmaßnahmen.

Tagungsordnung:

„Die Gefahren des Baugewerbes.“ Berichterstatter: Kollege Bellum, Bezirksleiter des christlichen Bauarbeiterverbandes, Bochum.

„Der gegenwärtige Bauarbeiterschutz.“ Berichterstatter: Kollege Butterbrodt von der Zentralstelle für Bauarbeiterschutz in Köln.

Die Besichtigung der Konferenz mit Delegierten erfolgt nach näherer Anweisung der Zentralvorstände und Bezirksleiter.

Der geschäftsführende Ausschuss für Bauarbeiterschutz:

- Wiedeberg, Wieber, Kurtschick, Brauer, Fromm. Die Zentralstelle für Bauarbeiterschutz. A. Butterbrodt.

Nichtung Verwaltungsstelle Dortmund!

Laut Beschluß unserer Verwaltungsstellen-Konferenz findet in der Woche vom 5. bis 12. Juli eine allgemeine Bücherkontrolle statt. Die Kollegen werden gebeten, ihr Mitgliedsbuch bereitzulegen, damit der Vertrauensmann sie nicht persönlich antrifft, doch das Buch in Empfang nehmen kann, somit ist für denselben Zeit und doppelte Wege gespart. Unsere Baulegitimierten werden gebeten, in der letzten Woche im Juni überall eine Bücherrevision vorzunehmen.

Der Vorstand der Verwaltungsstelle Dortmund.

J. A. Heinrich Petri.

Nichtung, Verwaltungsstelle Hannover!

Laut Beschluß des Verwaltungsvorstandes werden am Schluß des zweiten Vierteljahres sämtliche Mitgliedsbücher zur Kontrolle eingezogen. Die Einziehung erfolgt am Freitag, den 3. Juli, durch die Hauskassierer. Die Kontrolle wird durch einen besonderen Stempel im Buche bescheinigt. Die Mitglieder werden ersucht, den Hauskassierern die Bücher auszubändigen und die Beiträge bis Ende Juni (18. Woche) gezahlt zu haben. Die Rückgabe der Bücher erfolgt sofort nach der Kontrolle.

Der Verwaltungsvorstand.

J. A. Rich. Schneider.

Das italienische Organ konnte diesmal nicht zum Versand kommen, da es infolge des Generalstreiks in Italien nicht erschienen ist. Es gelangt mit der nächsten Nummer der Baugewerkschaft zum Versand.

Sterbetafel.

Am 6. Juni starb unser treuer Kollege Karl Krummich im rüstigsten Mannesalter infolge Schlaganfalles. Zahlstelle Minden i. Westf.

Am 9. Juni starb unser langjähriges treues Mitglied, der Maurer Jakob Reim von Gewisheim, im Alter von 64 Jahren an den Folgen einer Operation. Verwaltungsstelle Mainz.

Am 11. Juni starb unser treues Mitglied Johann Schirz infolge eines Unfalles. Verwaltungsstelle Rönigsberg.

Am 15. Juni starb unser Kollege Georg Neubert an Lungenentzündung. Zahlstelle Stettin.

Am 15. Juni starb unser lieber Kollege Joseph Ruppert aus Utrichtshausen im Alter von 24 Jahren. Zahlstelle Gelsenkirchen (Maurer).

Am 16. Juni starb unser treuer Kollege Georg Alter im Alter von 37 Jahren an Miltzschlag. Zahlstelle Biernheim.

Am 19. Mai starb unser Kollege O. Barmester an Herzleiden. Zahlstelle Rimpar.

Ehre ihrem Andenken!

Billig und gut einkaufen sei die Parole.

Große Gebirgsstoffe sind nur an täglich gebrauchten Gewandstoffen zu erzielen. Die rauchenden Herren sollten daher einen Versuch mit den billigen Qualitätszigaren der Firma Th. Pelsler, Berlin, Neue Schönhauser Str. 10, machen. Die Nebennahme großer Bögen aus Bombardierpapierern ermöglicht es der Firma...

Table with 2 columns: Price per 100 cigarettes and Price per 500 cigarettes. Includes prices for 7, 8, 10, and 12 cigarettes.

zu liefern. Da bei Nichtbestehen der Zuschnahme oder Austausch erfolgt, jedes Risiko ausgeschlossen.

Eine Uhr nach heutzutage jedermann haben, am liebsten seiner Arbeit oder seinen Geschäften nachgehen zu können. Nur der hohe Preis bildet oftmals ein Hindernis, so daß Wundermittelte vielfach vom Kauf absehen, oder auf ein billiges Angebot warten müssen. Wie leicht man in Wirklichkeit zu einer solchen Uhr gelangen kann, beweisen die oft in vielen Zeitungen erscheinenden Anzeigen der Firma: Verlanhaus R. Grabitz, Berlin, Andree-Str. 39. Die langjährig bestehende Firma versichert lebhaft gegen die Gefährlichkeit eine prachtvoll garantierte auf die Minute gehende Remontoir-Uhr demjenigen, der sich der Mühe unterzieht, 25 Stück Schmutztafeln, die die Firma auf Verlangen ohne Vorauszahlung und portofrei ins Haus geschickt zu verkaufen. Nachdem die 25 Stück Schmutztafeln, das Stück zu 20 M. verkauft und der eingemommene Gewinn eingezahlt ist, erhält man vollständig umsonst und franco eine 14 Remontoir-Uhr. Die Uhr ist prachtvoll gearbeitet, hat ein unverwundlich gehendes, auf die Minute reguliertes Werk und bildet ein wertvolles Geschenk, auf die Minute reguliertes Werk und bildet ein wertvolles Geschenk, auf die Minute reguliertes Werk und bildet ein wertvolles Geschenk, auf die Minute reguliertes Werk und bildet ein wertvolles Geschenk...

Advertisement for watches. Text: Eine Uhr geben wir Ihnen, wenn Sie unsere 100 Leinwand... Stern & Scholtz, G.m.b.H., Alt. 57, Berlin W 20, Berlinstr. 27.

Advertisement for watches and goldware. Text: Teilzahlung Uhren und Goldwaren, Photoartikel, Feldstech., Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Koffer usw. Mess & Co., Berlin A. 672, Sofie-Altenstr. 3.

Advertisement for watches. Text: Lichtglocke... Nur das Allerbeste Sei Dir gut genug, Einkauf geringer Ware ist stets Selbstbetrug.

Advertisement for watches and jewelry. Text: Ich schenke Uhr, Kette und Ring... wenn Sie für mich 30 kleine Schmuckgegenstände verkaufen... Heinrich Knopf, Berlin NW 37, Ropkow-Platz 62.

Advertisement for watches. Text: Eine Uhr geben wir Ihnen, wenn Sie unsere 30 Schmuckgegenstände im Wert von 100 M. verkaufen... Stern & Scholtz, G.m.b.H., Alt. 57, Berlin W 20, Berlinstr. 27.

Advertisement for musical instruments. Text: Roland-Fahrräder, Sprechmaschinen, Nähmaschinen, Uhren, Musikinstrumente, Billigste Preise. Ernst Hess, Klingenthaler Str. 210.

Advertisement for watches. Text: Prachtvolle Uhr umsonst! Senden Sie uns Ihre Adresse, u. wir senden Ihnen franko 25 Stück wunderschöne Schmucktafeln. Verkauf Sie diese das Stück zu 20 Pfg. und senden Sie uns den Erlös von 5 Mk. ein, so erhalten Sie sofort nach Eingang des Geldes eine gutgehende Remontoir-Uhr umsonst...

Advertisement for watches. Text: Novella wirkt wunderbar! Herr J. Weiss, Kaufmann i. Mainz schreibt uns: „Ihr Bortwachenmittel Novella Nr. II hat bei mir wunderbar gewirkt, innerhalb drei Wochen wiederholt ein prachtvoll Schaurig usw.“

Advertisement for watches. Text: Kollegen! Seid unermüdetlich in der Agitation... Verfammlungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen.

Advertisement for technical schools. Text: Ingenieur-Akademie. Wiss. u. d. Ostsee für Maschinen- u. Elektro-Ing., Bau-Ing. und Architekten.

Advertisement for musical instruments. Text: Musikinstrumente. Ernst Hess, Klingenthaler Str. 210.

Advertisement for watches. Text: Prachtvolle Uhr umsonst! Senden Sie uns Ihre Adresse, u. wir senden Ihnen franko 25 Stück wunderschöne Schmucktafeln...

Advertisement for watches. Text: Novella wirkt wunderbar! Herr J. Weiss, Kaufmann i. Mainz schreibt uns: „Ihr Bortwachenmittel Novella Nr. II hat bei mir wunderbar gewirkt, innerhalb drei Wochen wiederholt ein prachtvoll Schaurig usw.“

Advertisement for watches. Text: Verfammlungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen. Lists various locations and dates for meetings.

Advertisement for technical schools. Text: Der Besuch techn. Lehranstalten wird ersetzt durch den Besuch d. weitverbreiteten Selbstunterrichts-Systems Karsbach... Fachschulen für Gebiete d. Technik u. Gewerbes.

Advertisement for cigarettes. Text: Diese gute 6-Pfg.-Zigarette kostet bei mir nur 3 Mark per 100 Stück. Th. Pelsler, Verlanhaus, Berlin 14, Neue Schönhauser Straße 10, gegründet 1888.

Advertisement for watches. Text: Verfammlungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen. Lists various locations and dates for meetings.